

## **Stand und Perspektiven der Autokratieforschung\***

### *Kurzfassung*

Die Autokratieforschung bildet gemeinsam mit der Demokratieforschung das Herz der Politikwissenschaft. Erst in jüngster Zeit gerät dies auf internationaler Ebene zunehmend (wieder) ins Bewusstsein. Der Beitrag will ein Fundament für eine kumulative Forschung zu Autokratien legen. Daher werden wesentliche Forschungsergebnisse der Autokratieforschung der letzten Jahrzehnte vorgestellt. Auf dieser Grundlage werden die Fortschritte und verbleibenden Probleme der zeitgenössischen Autokratieforschung auf den Feldern der Klassifizierung von Autokratien, der Grenzziehung zwischen Demokratien und Autokratien, der Erforschung von politischen Institutionen in Autokratien sowie den Gründen für das Überdauern, aber auch das Entstehen und Zusammenbrechen von Autokratien präsentiert. Als gewisse Schwachpunkte der derzeitigen Autoritarismusforschung erweisen sich eine verbreitete Neigung zur Fixierung auf die Gegenwart, eine zu starke Konzentration auf nominell „demokratische“ Institutionen sowie eine damit einhergehende Vernachlässigung der Bedeutung der Herrschaftslegitimation und der Repressionsinstrumente.

\* Der Verfasser dankt André Bank, Uwe Backes, Rolf Frankenberger, Heike Holbig, Daniel Lambach, Hans-Joachim Lauth und Patrick Köllner für hilfreiche Kommentare und Hinweise. In diesem Beitrag werden die Begriffe Diktatur und Autokratie entsprechend dem vorherrschenden Sprachgebrauch in der Forschung synonym gebraucht.

## Inhalt

1. Einleitung	438
2. Der klassische Ansatz der Diktaturforschung: Totalitarismus vs. Autoritarismus	442
3. Alternative Klassifikationen von Autokratien	448
a) Möglichkeiten der Klassifikation und Typologisierung	448
b) Klassifikationen nach dem Herrschaftsträger und der Art der Machtübertragung	450
4. Grenzziehung zwischen Demokratie und Autokratie	455
5. Politische Institutionen in Autokratien	457
6. Gründe für das Entstehen, Zusammenbrechen und Überleben von Autokratien	462
7. Die Politik von Autokratien und Demokratie-Diktatur-Vergleiche	468
8. Zusammenfassung	470

## 1. Einleitung

Vielfach ist inzwischen die Rede von einer „Renaissance des Autoritarismus“ (Bank 2009: 1) oder einer „regelrechten Revitalisierung“ (Köllner 2008: 1) autoritärer Systeme oder gar von einem „neuen Zeitalter der Tyrannie“ (Lilla 2002). Demokratieforscher wie Larry Diamond (2000; 2008) und Arch Puddington (2009) sehen am Horizont eine neue Welle der Entdemokratisierung politischer Regime im 21. Jahrhundert heraufdämmern. Realistisch betrachtet ist bislang eher eine Stagnation der Demokratisierung als eine Gegenwelle der Entdemokratisierung zu beobachten (so auch Pickel 2009). Den autoritären Regressionen in Staaten wie Honduras, Russland oder Venezuela stehen noch immer Demokratisierungs- und Liberalisierungsgewinne wie etwa in der Folge der „bunten Revolutionen“ in Serbien oder der Ukraine oder sogar im arabischen Raum im Libanon gegenüber. Die Sichtweise grenzenlos optimistischer Vertreter des „Transitionsparadigmas“, dass sich alle „Transitionsregime“ der 80er- und 90er-Jahre auf einem Weg zur liberalen Demokratie befinden, mutet im Rückblick allerdings naiv an.<sup>1</sup> Nicht alle Staaten streben einem liberaldemokratischen Ideal entgegen. Das gilt etwa für Singapur oder auch für Russland, das sich mit seinem Konzept der „souveränen Demokratie“ keineswegs mehr

1 Carothers 2002: siehe auch Albrecht/Schlumberger 2005; McFaul 2005; Way 2005.

am Vorbild der westlichen Demokratien orientiert (Schulze 2007). Der nüchterne Blick zeigt eine durchwachsene Bilanz der Wechsel von der Autokratie zu einem unsicheren Anderen. Nur 30 von 85 Zusammenbrüchen von Autokratien zwischen 1974 und 2006 mündeten in der Etablierung recht stabiler Demokratien, also Regimen mit freien und fairen Wahlen.<sup>2</sup> Obgleich die Zahl der Demokratien in den 90er-Jahren steil anstieg, lebt noch heute rund ein Drittel der Menschheit in Autokratien verschiedenster Art.

Die Diktaturforschung war, ist und bleibt also ein zentrales Feld der Politikwissenschaft. Um es noch deutlicher auszudrücken: Gemeinsam mit der Demokratieforschung bildet die Diktaturforschung das Herz der Politikwissenschaft. Den Fragen nach Demokratie und Diktatur sowie ihren Unterschieden und Folgen liegt die für das politische Denken grundlegende Frage nach der besten politischen Ordnung zugrunde (Schmidt 2003: 173).<sup>3</sup> Die Fragen nach Demokratie und Diktatur sind also Fragen erster Ordnung und stehen daher auch im Mittelpunkt des Interesses der Nicht-Sozialwissenschaftler (zu diesem Punkt Mahoney 2003: 131 f.). Lange hinkte aber das Forschungsinteresse an Autokratien jenem an Demokratien weit hinterher. Die Vernachlässigung der Diktaturforschung zeigt sich bis in die Gegenwart etwa darin, dass im „New Handbook of Political Science“ (Goodin/Klingemann 1998) den Diktaturen kein Beitrag gewidmet wurde und sie ansonsten einzig im Kapitel zur Demokratisierung Erwähnung finden. In Einführungen in die vergleichende Politikwissenschaft ist es üblich, das Thema Autokratien in einem übergeordneten Beitrag zu politischen Regimen oder in einem eigenständigen Beitrag zu

- 2 Grundlage der eigenen Berechnung sind die Daten von Tatu Vanhanen und Freedom House. Axel Hadenius und Jan Teorell (2006; 2007) errechneten sogar, dass nur 23 % der Zusammenbrüche von Diktaturen zur Demokratie führen. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war ohnehin so stark vom Aufkommen der kommunistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Diktaturen geprägt, dass Beobachter wie Karl Dietrich Bracher sogar von einem „Zeitalter des Totalitarismus“ (1987: 14) sprachen.
- 3 Dieser normative Grundimpuls zugunsten der liberalen Demokratie wird wohl von den meisten Demokratieforschern geteilt, auch wenn er selten ausgesprochen wird. Besonders deutlich ist der normative Grundimpuls des Strebens nach der für die Menschen besten politischen Ordnung bei Vertretern der Modernisierungstheorie (und hierbei ganz besonders deutlich in folgender Ausprägung: Welzel/Inglehart/Klingemann 2003). Regionalforscher zu (weitgehend) geschlossenen autoritären Räumen – sprich dem arabischen Raum oder Zentralasien – scheinen eher zur Ablehnung eines solchen normativen Impulses zu neigen, vielleicht auch wegen der Angst vor einer „Kolonisierung“ durch die globale Demokratieforschung. So z. B. Petra Stykow in einem Kommentar zu einem Vortrag des Autors. Siehe auch Stykow 2009. Aus dieser Perspektive wird der normative „democracy bias“ der gegenwärtigen Politikwissenschaft als ein zu überwindendes Problem angesehen. Siehe zu dieser Perspektive auch Albrecht/Frankenberger 2009.

behandeln. Damit ist es in der Regel abgehakt und Autokratien finden anschließend nur noch als Ausgangszustand beim Transformationsthema eine kurze Erwähnung. Die Mehrheit der derzeitigen Einführungen in die vergleichende Politikwissenschaft besteht somit zu rund 90 % aus Ausführungen zu Demokratien.<sup>4</sup> In manchen Lehrbüchern finden Autokratien sogar überhaupt keine Erwähnung (das gilt etwa für Newton/Deth 2005).

Auf internationaler Ebene – vor allem in der US-amerikanischen Politikwissenschaft – verringerte sich in den letzten Jahren diese Kluft zwischen Demokratie- und Diktaturforschung, da eine Reihe hervorragender Forscher sich dem Themenfeld widmete.<sup>5</sup> Auch die deutsche Politikwissenschaft ist von diesem Bedeutungsgewinn der Diktaturforschung auf internationaler Ebene in jüngster Zeit erfasst worden. So gibt es deutliche Anzeichen für eine Aufnahme der internationalen Impulse.<sup>6</sup> Die Gruppe „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ (zuvor „Politischer Extremismus“) der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) legt einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Diktaturforschung. Außerdem widmet sich der Arbeitskreis „Demokratieforschung“ inzwischen auch den Prozessen demokratischer Regression. Weiterhin hat das „German Institute of Global and Area Studies“ (GIGA) in Hamburg eine Arbeitsgruppe zu autoritären Systemen gebildet, aus der inzwischen eine Reihe von Studien hervorgegangen ist.<sup>7</sup> Über Kooperationen mit der Gruppe „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ der DVPW und der Arbeitsgruppe „Autoritäre Systeme“ des GIGA ist auch das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden in die Forschungszusammenhänge einbezogen.<sup>8</sup>

- 4 Das gilt auch für ansonsten sehr gelungene Vertreter des Einführungsgenres wie Caramani 2008 und Lauth 2006. Eine lobenswerte Ausnahme ist der Band von Hague/Harrop 2004, in dem konsequent bei allen behandelten Teilbereichen der Vergleichenden Politikwissenschaft auch auf die Autokratien eingegangen wird.
- 5 Vgl. u. a. folgende Werke: Brooker 1995, 2000; Brownlee 2007a; Boix/Svolik 2007, 2008; Gandhi 2008a; Geddes 1999a; Geddes/Zaller 1989; Gandhi/Przeworski 2006; Hadenius/Teorell 2006, 2007; Levitsky/Way 2009; Magaloni 2006; Schedler 2006; Svolik 2009. Gute Überblicke über die jüngste Forschungsliteratur bieten Bank 2009 und Köllner 2008a.
- 6 Der erste in Deutschland erschienene Sammelband zu autoritären Systemen seit langer Zeit war Krämer 2005.
- 7 Vgl. folgende GIGA-„Fokusanalysen“: Bünte 2008; Erdmann/Soest 2008; Köllner 2008b, 2008c; Mähler 2008; Mattes 2008.
- 8 Dort werden derzeit zwei Projekte zu den „Typen der Autokratie“ (Uwe Backes) und zur Entwicklung und Anwendung einer Autokratientypologie für die empirische Forschung (Steffen Kailitz) bearbeitet.

Der Fortschritt auf einem Forschungsfeld kann nur gelingen, wenn gesammeltes Wissen akkumuliert und zueinander in Beziehung gesetzt wird. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Gruppen mit unterschiedlichen Begriffen und Methoden arbeiten und sich nur wenig zu sagen haben. Dem Ziel, das gesammelte Wissen auf dem Feld der Diktaturforschung zu strukturieren und Perspektiven für die weitere Forschung aufzuzeigen, dient dieser Beitrag. Ich skizziere zunächst die Entwicklung der internationalen Diktaturforschung. Dabei gehe ich im Unterschied zu anderen (Köllner 2008a; Bank 2009) nicht nur auf die jüngste Autoritarismusforschung ein. Im Sinne einer kumulativen Akkumulation von Forschungswissen werden in diesem Beitrag auch ältere Forschungsergebnisse zu Autokratien beachtet. Dabei wird besonders auf die beiden folgenden Stränge der Autokratieforschung eingegangen:

- Studien des „alten Institutionalismus“ zu Autokratien, die spezifisch auf Autokratien ausgerichtet waren (Totalitarismusansatz, Modell des bürokratischen Autoritarismus etc.);
- Studien des „neuen Institutionalismus“, deren Analysemodelle für Autokratien von der Demokratieforschung inspiriert sind.

Die akteurszentrierte Rational-Choice-Forschung zu Autokratien findet Beachtung,<sup>9</sup> sie steht aber nicht im Zentrum der Betrachtung. Daher bleiben bedeutende Beiträge (u. a. Tullock 1987; Wintrobe 1998) aus dieser Richtung unberücksichtigt (für eine Übersicht zu diesem Forschungsstrang vgl. Wintrobe 2007).

Diese Betrachtung geht zunächst auf die „klassische“ Unterscheidung in totalitäre und autoritäre Autokratien ein, anschließend werden die Alternativen zu dieser Klassifikation in der Diktaturforschung vorgestellt. Ausführlich wird vor allem auf die Klassifikation nach dem Herrschaftsträger bzw. der Art der Machtübertragung eingegangen. Es folgt eine Auseinandersetzung mit den Überlegungen in den Forschungen der letzten beiden Jahrzehnte zur Grenzziehung zwischen „defekten Demokratien“, „hybriden Regimen“ und „elektoralen Autokratien“. Die beiden folgenden Abschnitte bewerten die Früchte der jüngeren Forschungen zu politischen Institutionen in Autokratien und zu den Gründen für das Entstehen, Scheitern und Überleben von Autokratien. Anschließend werden Perspektiven für die weitere Autokratieforschung im Bereich der Untersuchung der Politiken von Autokratien und des Demokratie-Diktatur-Vergleichs erläutert.

9 Das gilt vor allem für die Arbeiten von Gandhi (teils in Zusammenarbeit mit anderen Autoren) und Geddes, aber auch die Studien von Acemoglu/Egorov/Sonin 2005; Acemoglu/Robinson 2006; Pepinsky 2007.

## 2. Der klassische Ansatz der Diktaturforschung: Totalitarismus vs. Autoritarismus

Die Unterscheidung der Autokratien in totalitäre und autoritäre Regime ist bereits seit den 30er-Jahren geläufig (Ziegler 1932). Bis heute gibt es aber in der Forschung keine einheitliche Linie, was das Verhältnis der beiden Begriffe angeht. Eine – wachsende – Minderheit der Forscher verwendet den Terminus „Autoritarismus“ als ein Synonym für Diktatur. Darunter fallen dann alle nicht-demokratischen Herrschaftsformen von Monarchien und anderen Formen der traditionellen Herrschaft bis hin zu totalitären Autokratien. Die Mehrheit der Forscher sieht dagegen im Gefolge von Juan Linz (1964, 1975) totalitäre und autoritäre Regime als zwei klar voneinander unterscheidbare politische Systemtypen an. Dabei erscheinen die totalitären Regime als eine ideologisch legitimierte Diktaturform, während sich der Ausdruck „autoritäre Regime“ vorrangig auf nicht-ideologische Autokratien bezieht. Als Prototyp eines autoritären Regimes gilt das Militärregime. Traditionelle Monarchien und „sultanistische Regime“ werden von Linz weder unter die totalitären noch unter die autoritären Regime subsumiert, sondern gelten als eigenständige Herrschaftsform. Obgleich Linz (1975) eigentlich vier Herrschaftsformen unterschied, hat sich im Gefolge seines Vorschlags die Vorstellung einer Trias der Herrschaftsformen von Demokratie, Autoritarismus und Totalitarismus eingebürgert (statt vieler Lauth 2002). Sultanistische Regime und absolutistische Monarchien werden dabei entgegen der Klassifikation von Linz unter die Kategorie des Autoritarismus gefasst.<sup>10</sup>

Die bedeutendsten Köpfe der zweiten Generation der Totalitarismusforscher, Leonard Schapiro (1972) und Juan Linz (1975), sahen die stetige Politisierung und Mobilisierung der Gesellschaft als besonders charakteristische Merkmale des Totalitarismus an. Im Unterschied zur ersten Generation (Arendt 1986; Friedrich/Brzezinski 1957) der Totalitarismusforscher galt der Terror dagegen nicht mehr als ein unabdingbares Merkmal des Totalitarismus. Insbesondere Juan Linz differenzierte den Begriff der autoritären Diktatur aus und grenzte ihn systematischer als vorherige Autokratieforscher von dem Begriff der totalitären Diktatur ab: Totalitäre Regime charakterisierte er durch eine ausgearbeitete Ideologie, Monismus und eine ausufernde politische Mobilisierung. Bei autoritären Regimen gebe es dagegen keine ausgearbeitete Ideologie, der Pluralismus sei beschränkt und es fehle eine politische Mobilisierung (Linz

10 Fast alle Forscher zu den Monarchien im arabischen Raum arbeiten etwa mit dem Begriff des Autoritarismus.

1964, 1975). Das vierte, häufig übersehene<sup>11</sup> Unterscheidungskriterium von Linz war, dass die Herrschaftsreichweite in totalitären Regimen potenziell grenzenlos ist (keine Machtkontrolle), während die Herrschaft in autoritären Regimen innerhalb unklar definierter Grenzen, aber doch relativ vorhersehbar ausgeübt wird (Linz 1964). Knapp lassen sich die Unterschiede auf den Punkt bringen, dass totalitäre Autokratien eine totale Politisierung des Lebens anstreben, während jede stabilisierte autoritäre Diktatur auf eine Entpolitisierung der Gesellschaft zielt (Linz 1975: 259 f.).

Während Linz den Typus der totalitären Diktatur nicht auffächerte, bildete er gleich sieben Untertypen der autoritären Diktatur: bürokratisch-militärisches Regime, organische Staaten, mobilisierende autoritäre Regime in postdemokratischen Gesellschaften, postkoloniale autoritäre Mobilisierungsregime, Rassen- oder ethnische „Demokratien“, „unvollkommen“ totalitäre und „prätotalitäre“ Regime sowie „posttotalitäre“ Regime.

Linz wendete – wie leicht ersichtlich ist – seine Kriterien nicht konsequent auf die Klassifikation der Untertypen des Autoritarismus an. Auch die Zuordnung der Untertypen zu den beiden Grundtypen überzeugt nicht. So ordnete Linz proto- und posttotalitäre Autokratien als Untertypen der autoritären Diktatur und nicht als „verminderte Subtypen“ (Collier/Levitsky 1997) der totalitären Diktatur ein. Problematisch ist auch, dass Linz zwei weitere Unterformen des Autoritarismus durch den Faktor Mobilisierung definierte – nämlich die „mobilisierenden autoritären Regime in postdemokratischen Gesellschaften“ und die „postkolonialen autoritären Mobilisierungsregime“<sup>12</sup> –, obgleich er die Abwesenheit von Mobilisierung als Wesensmerkmal des Autoritarismus bezeichnet. Bei vier von sieben Untertypen lässt sich somit darüber streiten, ob diese überhaupt der richtigen Grundkategorie zugeordnet wurden.

Während der Totalitarismusbegriff sehr eng gefasst ist und gemäß Linz selbst einen bedeutenden Teil der kommunistischen und faschistischen Staaten nicht umfasst, erscheint als das Grundproblem der Kategorie „Autoritarismus“, dass sie zu weit gefasst ist, um einen Diktaturtypus abzugrenzen, zu dem sinnvolle Hypothesen gebildet und geprüft werden können. Dies wirft ein grundlegendes Problem für die Theoriebildung auf. Auch wenn Linz mit seiner Studie

11 Der Grund für das verbreitete Übersehen dieses Kriteriums ist wohl, dass Linz selbst es etwas vernachlässigte. So werden in dem berühmten Linz'schen Würfel zur Einordnung aller politischen Regime nur die drei Dimensionen Grad und Typ der Partizipation, Grad des Pluralismus und Grad der Ideologisierung berücksichtigt (Linz 2003: 145), nicht aber die vierte Dimension, der Grad der Machtzentralisation und der Herrschaftsreichweite.

12 Siehe zu den beiden Typen Linz 1975.

die Autokratieforschung bedeutend vorangebracht hat, konnte er bezeichnenderweise keine Theorie der autoritären Regime vorlegen.

Die immensen Probleme einer Theoriebildung auf diesem Feld zeigen sich auch am Beispiel der sehr einflussreichen Arbeiten von Guillermo O'Donnell zum Typ des bürokratischen Autoritarismus (1973, 1988; Collier 1979). Er legte eine recht geschlossene Theorie vor, um die Struktur, die Entwicklung, die Ziele und Wurzeln eines bestimmten Typus von Autokratien zu erklären. Der bürokratische Autoritarismus könne sowohl im Gewand einer Militärdiktatur als auch einer Parteidiktatur auftreten (O'Donnell 1973: 108). Er komme im Unterschied zu traditionellen populistischen Autokratien in vergleichsweise modernen Gesellschaften vor. Die zentrale Bürokratie dominiere das politische Leben und wolle es deaktivieren sowie eine schmerzvolle Wirtschaftspolitik umsetzen. Das eigentliche Ziel sei dabei die Lösung grundlegender wirtschaftlicher und sozialer Probleme durch eine Internationalisierung der Produktion. Dazu hätten sich in Lateinamerika Putsch-Koalitionen aus Militärs und Zivilisten zusammengefunden. Diese Regime würden aber an Unterstützung verlieren, wenn sie ihre Politik umsetzen, die hohe soziale oder ökonomische Kosten habe, und diese nur teilweise Erfolg zeige. Dadurch gebe es wiederum Risse in der Herrschaftscoalition, die in einen Rückzug von der Herrschaft münden könnten. Im engeren Sinne muss diese einflussreiche Theorie heute als gescheitert gelten. Nur zwei Länder, Argentinien und Brasilien, entsprachen in einer bestimmten Periode tatsächlich dem skizzierten Typus.<sup>13</sup> Allenfalls können wir aus den Bruchstücken der Theorie Bausteine für eine künftige tragfähige Theorie autoritärer Systeme gewinnen.

Seit den 90er-Jahren hat eine ganze Reihe von Arbeiten die Totalitarismusforschung – und damit einhergehend auch die Forschung zu politischen Religionen – neu belebt.<sup>14</sup> An die erste Blüte des Forschungszweigs kommt der „zweite Frühling“ (siehe dazu Kailitz 1997b) in der Politikwissenschaft aber nicht heran. Das liegt nicht vorrangig an – noch immer verbreiteten – Vorbehalten gegen das Konzept in der Politikwissenschaft, sondern daran, dass es in der Gegenwart kaum Regime gibt, auf die der Begriff angewendet werden

13 Keine der Diktaturen, die ab den 70er-Jahren in Lateinamerika auftraten, entsprach der Theorie, wie sie O'Donnell ausgearbeitet hat (Sera 1979).

14 U. a. Friedrich 1994; Hildebrand 2003; Huttner 1999; Jesse 1999, 2008; Jesse/Kailitz 1997; Korchak 1994; Maier 1996, 2003; Maier/Schäfer 1997; Malia 1995; Mampel 2001; Marquardt 1991; Merkel 2004; Roberts 2006; Sartori 1999; Siegel 1998a; Sujian 1998; Söllner/Walkenhaus/Wieland 1997.

kann.<sup>15</sup> Der – aus normativer Sicht begrüßenswerte – Mangel an Untersuchungsfällen für Sozialwissenschaftler gilt selbst dann, wenn – wie einige Forscher behaupten – wirklich ein „neuer Totalitarismus“ in Gestalt des Islams entstanden sein sollte.<sup>16</sup> Dies fügt aber allenfalls den Iran als Anwendungsfall für das Totalitarismuskonzept hinzu<sup>17</sup> und auch dies im Grunde nur für die Herrschaftszeit Ajatollah Khomeinis.<sup>18</sup> Einen Staat wie Afghanistan unter den Taliban als totalitär zu bezeichnen, ist dagegen wegen des Mangels an Staatlichkeit höchst problematisch (Hippler 1997). Mit Juan Linz lässt sich dieses Regime mit seinen Enklaven ungebändiger Macht in einem Gesamtstaat, den die Taliban nie annähernd vollständig kontrollierten, eher in eine Reihe mit dem Regime der Tamil Tigers im Norden Sri Lankas stellen (Linz 2003: XLIV). Von den verbliebenen (post?)-kommunistischen Autokratien lässt sich inzwischen allenfalls noch Nord-Korea mit einiger Stichhaltigkeit als totalitär beschreiben. Und selbst in diesem Fall handelt es sich um einen „erodierenden“ Totalitarismus.<sup>19</sup>

Aufgrund der empirischen Seltenheit totalitärer Regime in der Gegenwart wird gegenwärtig ins Spiel gebracht, dass die „seit den 1960er Jahren gängige Trias der Herrschaftstypen [Demokratie, Autoritarismus, Totalitarismus] obsolet werden könnte“ (Bank 2009). Die empirische Seltenheit hängt aber bereits mit der engen Abgrenzung des Totalitarismusbegriffs zusammen. Vertreter eines extrem engen Totalitarismusbegriffs wie Hannah Arendt wollten seine Anwendung – auf der Grundlage einer breiten Analyse zu den Ursprüngen und Elementen des Totalitarismus – sogar bewusst auf den Nationalsozialismus zwischen 1938 und 1945 sowie die Herrschaft Stalins in der Sowjetunion nach 1929 beschränken (Arendt 1986). Aus dieser Perspektive sollten aufgrund der besonderen Qualität der Regime, vor allem des massiven Terrors, nur die beiden Extremphasen der beiden bedeutendsten Weltanschauungsautokratien als totalitär bezeichnet werden. Totalitär war nach Arendts Ansicht eine Diktatur

15 Zur gegenwärtigen Verbreitung totalitärer Regime: Gerschewski 2008; Merkel 2004. Die geringe Zahl der gegenwärtigen Fälle schränkt dabei keineswegs den Nutzen des Konzepts an sich ein.

16 Hansen/Kainz 2007; Krauss 2007; Tibi 2004, 2007; Wahdat-Hagh 2003a.

17 Chehabi (2005: 124) deutet den Iran dagegen als ein hybrides Regime zwischen Totalitarismus und Autoritarismus: „Wie ein totalitäres Regime proklamierte es die absolute Vormachtstellung einer Ideologie (des Islam) über das öffentliche Leben, wie ein autoritäres Regime erlaubt es einen begrenzten Pluralismus und wie eine Demokratie hält es Wahlen ab, die zuweilen recht kontrovers verlaufen“.

18 Wahdat-Hagh 2003b; für eine differenzierte Betrachtung des iranischen Herrschaftssystems Buchta 2001.

19 Destexhe 2001; Lankov 2006; Scobell 2006.

auch nur dann, wenn sie danach strebte, die gesamte Weltbevölkerung zu beherrschen.

Aber auch der in der vergleichenden Politikwissenschaft verbreitetere, in den 60er-Jahren modifizierte, weite Totalitarismusbegriff von Carl Joachim Friedrich<sup>20</sup> ist nur auf eine recht übersichtliche Zahl von Autokratien anwendbar (Friedrich/Brzezinski 1957). Selbst wenn man das Totalitarismuskonzept überdehnte<sup>21</sup> und den Begriff auf alle Fälle anwenden würde, die totalitären Kennzeichen aufweisen, ließen sich nur die reformierten kommunistischen Autokratien China, Kuba, Nordkorea und Vietnam sowie der Iran als totalitär klassifizieren.<sup>22</sup> Für Autokratien außerhalb des faschistischen und kommunistischen Machtbereichs taugt der Totalitarismusbegriff im Grunde nicht. Schon bei den kommunistischen Autokratien ist auch höchst umstritten, ob diese während ihrer gesamten Herrschaftszeit als totalitär angesehen werden können. Tatsächlich muss daher über die Frage nachgedacht werden, ob die recht enge Totalitarismuskategorie als eine gleichberechtigte Kategorie neben Demokratie und Autoritarismus in einer Herrschaftstrias (bzw. inklusive den personalistischen Regimen in einem Herrschaftsquartett) stehen bleiben sollte. Im Unterschied zur Kategorie der liberalen Demokratie ist Autokratie nur ein sehr vager Oberbegriff für verschiedene Herrschaftssysteme mit grundlegend anderer Funktionslogik. *Die Autokratie* gibt es im Grunde nicht, sondern nur verschiedene Gruppen von Herrschaftssystemen mit einer bestimmten Funktionslogik. Diese Systeme eint allein, dass in ihnen die Macht der Exekutive nahezu unkontrolliert ausgeübt wird und keine freien und fairen Wahlen stattfinden.

Wer die zumindest in vielen Einführungsbüchern der vergleichenden Politikwissenschaft noch vorherrschende Trias der Herrschaftsformen infrage stellt, sollte nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die ideologisch fundierten Parteiautokratien, die auch als Ideokratien oder Weltanschauungsautokratien bezeichnet werden können, stellen wie Militärautokratien oder personalistische Autokratien einen Typus sui generis mit eigenständiger Herrschaftslogik dar. Martin Drath (1958) hatte vorgeschlagen, die Weltanschauung als Primärkriterium des Herrschaftstyps anzusehen, den er allerdings noch als totalitär

20 Zum theoretischen Aufbau und zur Entwicklung der Konzeption von Friedrich vgl. Fritze 1995; Lietzmann 1999; Siegel 1998b.

21 Zur Problematik der Überdehnung von Konzepten vgl. Collier/Mahon 1993.

22 China ist aufgrund des Wandels der Ideologie und der Herrschaftsstruktur des chinesischen Systems keinesfalls mehr ein totalitäres System. Sehr wohl dürfte China aber noch immer als Ideokratie einzuschätzen sein. Siehe ausführlicher zur Einordnungsfrage Chinas: Sujian 2000. Zum Ideologiewandel in China: Holbig 2008.

bezeichnete (siehe auch Patzelt 1998). Wenn aber die Ideologie als Primärkriterium verwendet wird, dann sollten konsequenterweise auch alle Ideokratien unter diesen Begriff gefasst werden. Die Schwelle von einer einfachen Diktatur zu einer Ideokratie erscheint dabei auch dann überschritten, wenn das Ideengebäude der Herrschenden nicht (oder nicht mehr) totalitär, sprich in den Worten von Linz prä- oder posttotalitär, ist. Die Ideokratien sollten dabei keineswegs als ein „verminderter Subtyp“ (Collier/Levitsky 1997) der totalitären Systeme – etwa als unvollständige oder „dysfunktionale“ Totalitarismen (Brzezinski 1999) – angesehen werden, sondern die totalitären Autokratien wären als die extreme Ausprägung der Ideokratien zu begreifen. Eine Einigung auf die weiter gefasste Kategorie der Ideokratien anstelle der Kategorie des Totalitarismus hätte den Vorteil, dass fruchtbare Diskussionen etwa über die rein klassifikatorische Frage, ob die DDR oder Bulgarien zu einem bestimmten Zeitpunkt noch totalitär oder bereits posttotalitär waren, sich hin zu der fruchtbaren Frage nach der Art und den Gründen des Wandels von Ideokratien verlagern könnte.

Auch wenn der Typus der Ideokratien in der Gegenwart selten geworden ist, kann die gegenwärtige Forschung ihn nicht einfach ignorieren. Außerdem ist eine Politikwissenschaft, die nur auf die Gegenwart blickt, auch extrem kurzichtig. Die Häufigkeit verschiedener Autokratieformen ändert sich im Zeitverlauf. Wer aber den ideokratischen Charakter eines Regimes ernst nimmt, der sollte eben nicht wie Friedrich/Brzezinski (1957) vorrangig auf Gemeinsamkeiten von Herrschaftsstrukturen, sondern auf die Unterschiede der herrschenden Ideologie achten. Bei Ideokratien erscheint es von grundlegender Bedeutung, nach der Ausrichtung der Ideologie zwischen Ideokratiefamilien, etwa der kommunistischen und faschistischen Familie, zu unterscheiden (in diese Richtung geht Perlmutter 1981). Es ist klar, dass systematische Vergleiche der Politiken von Ideokratien ergeben dürfen, dass sich die Weltanschauung in starkem Maße in der Herrschaftsausübung niederschlägt. Ein Ergebnis dürfte etwa sein, dass sich das Engagement der kommunistischen Autokratien im Bereich der Sozialpolitik stark von anderen Formen der Diktatur abhebt (siehe dazu die Pionierstudie von Beyme 1977). Bei der Betrachtung der Politiken von Ideokratien dürfte es auch besonders spannend sein, innerhalb der Gruppe der kommunistischen Ideokratien und der Gruppe der rechten Ideokratien zu vergleichen, um zu erkunden, welche Faktoren zur unterschiedlichen Gestaltung der Herrschaftsausübung bei gleicher oder ähnlicher Ideologie führten.

### 3. Alternative Klassifikationen von Autokratien

#### a) Möglichkeiten der Klassifikation und Typologisierung

Es ist eine ganze Reihe von Alternativen zur Unterteilung der Autokratien in totalitäre und autoritäre Regime vorstellbar. In der Literatur kursieren etwa die folgenden Kriterien, um Autokratien bzw. generell Herrschaftsformen zu klassifizieren.<sup>23</sup> 1. die Herrschaftslegitimation (z. B. Legitimation durch freie und faire Wahlen, Legitimation durch nicht-elektorale Demokratie [siehe dazu Mayer 2001], Legitimation durch Attribute der Person oder Familie, Legitimation durch Utopie), 2. die Herrschaftsträger (Militär, politische Partei, personalistischer Herrscher oder eine religiöse Gruppe), 3. die Art der Machtübernahme (Vererbung, Einsatz oder Androhung von militärischer Gewalt oder Volkswahl), 4. die Art der Herrschaftsausübung (über klientelistische Netzwerke oder formale Institutionen), 5. den Grund der Herrschaftsausübung (z. B. Gier, ethnisch motivierter Hass, die Gefolgschaft zu einer Ideologie oder Religion), 6. die Reichweite der Herrschaftsausübung (z. B. auf den Bereich des persönlichen Interesses begrenzt über den politischen Bereich bis hin zu einem totalen Herrschaftsanspruch).

Eine sehr verbreitete Art der Unterscheidung war bis in die jüngste Vergangenheit jene nach der Herrschaftslegitimation. Dieses Kriterium hat etwa Amos Perlmutter (1981) bei seiner Unterteilung der Autokratien in Vertreter des bolschewistischen, nationalsozialistischen, faschistischen, korporatistischen und prätorianischen Typs angelegt (nach diesem Zentralkriterium haben etwa auch Merkel [1999: 23-28] und Pfahl-Traughber 2004 die Autokratien klassifiziert; Linz [2003: 145 f.] hat diese Form der Klassifikation dagegen als den unfruchtbaren Ansatz verworfen). Welches Klassifikationskriterium angewendet wird, hängt entscheidend von der Forschungsfrage ab. Eine Einteilung nach der Herrschaftslegitimation ist also einer nach der Herrschaftsausübung prinzipiell weder unter- noch überlegen. Von der Frage der Klassifikation der Autokratien, die unabhängig davon betrachtet werden kann, ob es Nicht-Autokratien gibt und wie diese aussehen, ist diejenige nach einer übergeordneten Herrschaftstypologie zu trennen.

Eine derartige übergeordnete Herrschaftstypologie stellt die noch immer verbreitete Unterteilung in liberale Demokratien, autoritäre und totalitäre Systeme dar. Sie erscheint sinnvoll, um die verschiedenen Ergebnisse der Forschung zu politischen Regimen in ein Gesamtbild integrieren zu können. Wenig geeignet für eine Ersetzung der bisherigen Referenztypologie erscheint dabei

23 Siehe etwa Backes 2007: 618 f.; Merkel 1999: 28; Snyder 2006: 220.

eine Typologisierung in Wahldemokratien, elektorale Autokratien und Nicht-Wahl-Autokratien (geschlossene Autokratien) (Schedler 2006; eine leichte Variation propagieren Levitsky/Way 2009). Die Problematik scheint dabei die gleiche wie bei der Typologisierung in liberale Demokratien, Autoritarismus und Totalitarismus. Es gibt in beiden Typologien jeweils zwei relativ präzise umrissene Kategorien – liberale Demokratie und Totalitarismus bzw. Wahldemokratie und elektorale Autokratie – und eine sehr unscharfe Residualkategorie (Autoritarismus bzw. geschlossene Autokratie), die höchst unterschiedliche Regime umfasst. Die Kategorie „Autoritarismus“ besagt inhaltlich im Grunde kaum mehr, als dass es sich um eine nicht-totalitäre Autokratie handelt. Die klassische Autoritarismusdefinition von Linz (1975: 264) weist nämlich einen klaren Totalitarismus-Bias auf, da er Autoritarismus definiert, indem er auf-führt, was diese Autokratien von totalitären Autokratien unterscheidet: Es gibt keinen Monismus (stattdessen beschränkten Pluralismus), keine Ideologie (stattdessen „Mentalitäten“, was immer darunter genau zu verstehen ist) und keine extensive bzw. intensive Mobilisierung (siehe auch Linz/Stepan 1996). Die Kategorie des „geschlossenen Autoritarismus“ besagt sogar nur, dass es sich um eine Autokratie handelt, in der keine Wahlen abgehalten werden.

Beide Typologien haben also den schwerwiegenden Mangel der unzureichenden Homogenität einer der Kategorien (dazu Sartori 1970, 1991). Der Vorteil des Wechsels zur Typologie von Schedler oder Levitsky/Way ist immerhin, dass die Residualkategorie kleiner wird, da ein bedeutender Teil der Herrschaftssysteme inzwischen Wahldemokratien oder Wahlautokratien darstellt. Der Anteil, der in die schwammige Kategorie der „geschlossenen Autokratien“ fällt, ist nämlich – zumindest nach 1990 – deutlich geringer als der Anteil der Autokratien, die in die Kategorie Autoritarismus fallen. Diese umfasst inzwischen nahezu alle Autokratien, da die Kategorie des Totalitarismus kaum noch besetzt ist.<sup>24</sup> Der Mangel würde abgeschwächt, aber keineswegs überwunden,

24 Nach der Operationalisierung von Linz/Stepan (1996) sind übertragen auf das Jahr 2008 46 % aller Regime Demokratien, 50 % autoritäre Systeme und 4 % totalitäre Systeme. Es handelt sich konkret um Burma, Kuba, Libyen, Nordkorea, Somalia, Sudan, Turkmenistan und Usbekistan (Köhler/Warkotsch 2009: 1). Fraglich ist allerdings die Tragfähigkeit der Operationalisierung. So sind nach Linz/Stepan alle Systeme als totalitär anzusehen, die bei Freedom House sowohl bei politischen als auch bürgerlichen Freiheitsrechten nur den Wert 7 erreichen. Damit geraten aber Staaten wie Somalia und Sudan in die Totalitarismuskategorie, die dort ganz und gar nicht hineingehören. Das gleiche Grundproblem weist auch die Operationalisierung der Regierungskategorien anhand der Werte des Bertelsmann-Demokratieindexes bei Möller/Skaaning (2009) auf, die an Linz/Stepan (1996) anknüpft. Mit Regimmessungen, ob mit Polity, Freedom House, Economist oder dem Bertelsmann-Demokratieindex, lässt sich die Kategorie des Totalitarismus nicht nachvollziehbar abgrenzen.

wenn man nicht nur von einer Trias ausgeht, sondern wie Linz ursprünglich vorgeschlagen hat, die zusätzliche Kategorie sultanistischer Regime berücksichtigt. Der Kategorisierung von Linz haftet aber zudem das Problem einer teilweise unklaren externen Heterogenität an (dazu Sartori 1970, 1991). Die Abgrenzung zwischen totalitären einerseits, post-totalitären und damit autoritären Systemen andererseits, ist unpräzise.

Es wird noch über die Frage zu diskutieren sein, ob die Forschung sich künftig mit Klassifikationen für unterschiedliche Forschungsfragen begnügt und auf eine übergeordnete Herrschaftstypologie verzichtet, ob es bei der alten Herrschaftstypologie bleibt oder ob eine neue Herrschaftstypologie an deren Stelle treten soll. Der dritte Pfad erscheint dabei am fruchtbarsten und die beiden folgenden Klassifikationen erscheinen als die vielversprechendsten Ausgangspunkte für eine Neuordnung der Herrschaftsformen jenseits der bisherigen Regimetrias.

### **b) Klassifikationen nach dem Herrschaftsträger und der Art der Machtübertragung**

Die Unterscheidung in Demokratie, Totalitarismus und Autoritarismus zielt vor allem auf die Frage „Wie wird geherrscht?“. Dies ist eine der beiden grundlegenden Fragen, wenn Regime klassifiziert werden sollen.<sup>25</sup> Die zweite grundlegende Frage lautet: „Wer herrscht?“ bzw. „Auf welche Weise werden die Herrschenden ausgewählt?“. Die Klassifikation von Autokratien nach dem Träger der Diktatur in Parteidiktaturen, Militärdiktaturen und personalistische Diktaturen (Geddes 1999a, 1999b, 2004) ist ebenso einfach wie naheliegend für die empirische Forschung. Es ist lediglich zu beachten, dass Autokratien auch als Mischformen der drei Grundtypen auftreten können. Es ist dabei in der Forschung umstritten, ob es sinnvoll ist, personalistische Autokratien als eigenständige Diktaturform abzugrenzen oder Personalismus als Merkmal zu verstehen, das in den verschiedenen Diktaturformen in unterschiedlicher Ausprägung vorkommen kann (Hadenius/Teorell 2006: 9). Beatriz Magaloni zieht daher folgende Unterscheidung der primären Herrschaftsträger vor: Partei, Militär, königliche Familie (2008). In die gleiche Richtung wie diese Variante der Aufteilung nach dem Herrschaftsträger zielt die Aufteilung der Autokratien nach der Art ihrer Machtübertragung: Vererbung, Einsatz oder Androhung von militärischer Gewalt, Volkswahl. Auf dieser Grundlage ergibt sich die Unterteilung in

25 Dazu mit Blick auf die Unterscheidung von Regimen Munck (1996: 7) und von Autokratien Snyder 2006: 220.

Monarchien, Militärdiktaturen und Wahldiktaturen (Hadenius/Teorell 2006: 5). Der Unterschied zwischen der Klassifikation nach dem primären Herrschaftsträger in der Variante von Geddes und den beiden anderen Klassifikationen liegt in folgendem Punkt: In die Kategorie der personalistischen Regime fallen auch sultanistische Regime, gewöhnlich gehören sie aber nicht in die Kategorie der Regime, in denen Herrschaft durch Vererbung übertragen wird.<sup>26</sup> Im Unterschied zur Kategorisierung nach dem Herrschaftsträger ermöglicht diese Typologie eine nahezu unumstrittene Klassifikation von Autokratien. Ein gemeinsamer Vorteil dieser Klassifikationen ist, dass sie sich wegen ihrer sehr einfachen Operationalisierung gut in breiten Diktaturvergleichen zum Hypothesentest einsetzen lassen.

Auch Einzelfallstudien oder Mehrländervergleiche zu den Autokratien orientierten sich, nachdem die Totalitarismusforschung abflaute, über Jahrzehnte hinweg sehr häufig an der einfachen Klassifikation in Parteidiktaturen, Militärdiktaturen und personalistische Diktaturen. Dabei ist die Kategorisierung nicht frei von Problemen. Wurde der Totalitarismusforschung immer wieder vorgeworfen, sie würde rechte und linke Autokratien „gleichsetzen“ (Greiffenhangen u. a. 1972), geraten in die grobe Kategorie der Parteidiktaturen die unterschiedlichsten Regime von Mexiko unter der „Partido Revolucionario Institucional“ bis hin zur nationalsozialistischen Diktatur. Derart breite Kategorien haben den gravierenden Nachteil, dass sie die großen Unterschiede zwischen den Regimen in einer Kategorie zu sehr vernachlässigen, indem auf der Grundlage einer einzigen formalen Gemeinsamkeit klassifiziert wird. Die interne Heterogenität der Kategorie ist also zu groß, und die Kategorie „Parteidiktatur“ hat damit ein sehr unscharfes Profil (dazu Sartori 1970, 1991).

Hat sich die klassische Diktaturforschung zu stark auf die Weltanschauungs-diktaturen konzentriert, läuft gegenwärtig die internationale Forschung – besonders im Bereich der Makrovergleiche wie etwa von Gandhi, Geddes und Hadenius/Teorell – Gefahr, sich zu sehr auf die institutionelle Ausgestaltung von Autokratien zu konzentrieren und darüber die Bedeutung der Art der Herrschaftslegitimation (etwa durch eine kommunistische oder faschistische/nationalsozialistische Ideologie) zu vergessen. Der ideologische Charakter bestimmter Autokratien hat aber nachweisbar erklärendes Potenzial etwa für die Frage nach der Neigung zu Genoziden (Rummel 2003) oder der Einhaltung von

26 Die Kategorien „Monarchien“ und „Regime mit Machtübertragung durch Vererbung“ sind nicht vollständig deckungsgleich. Einerseits gab es in der Geschichte immer wieder auch Wahlmonarchien, andererseits gibt es auch in Nicht-Monarchien ab und an eine Herrschaftsübertragung an Familienmitglieder (Brownlee 2007b).

Menschenrechten (Linz 1999). Ideologisch fundierte Parteidiktaturen wie Nordkorea und Kuba schränken die Bürgerrechte auch deutlich stärker ein und konzentrieren die Macht stärker in der Exekutive als nicht ideologisch fundierte elektorale Autokratien wie Russland. Es sollte daher darüber nachgedacht werden, ob nicht systematisch neben den Militärdiktaturen und den personalistischen Regimen die elektoralen Parteienautokratien (Schedler 2002, 2006) und die ideologischen Einparteiensysteme (Brooker 1995) als eigenständige Systemtypen aufgeführt werden. Ein weiteres Problem betrifft die Anwendung der Klassifikation. Von zentraler Bedeutung ist bei der Klassifikation von realen Regimen, dass bei der Antwort auf die Frage „Wer herrscht?“ nicht nur nach der Existenz formaler Institutionen gefragt wird. Eine absolutistische Monarchie oder eine Militärdiktatur gehört auch dann weiterhin in diese Kategorie, wenn in dem Regime Wahlen, Parteien und Parlamente zu beobachten sind.

Die Forschungen zu den Militärdiktaturen, Parteidiktaturen und personalistischen Diktaturen gingen in der Regel getrennte Wege. Für den Bereich der – in der jüngsten Autoritarismusforschung kaum noch berücksichtigten – Militärdiktaturen ist der Forschungsstand als recht gut einzuschätzen.<sup>27</sup> Da sich im 20. Jahrhundert über lange Zeit die Militärdiktaturen stark in Lateinamerika ballten, fand dieser Diktaturtyp vor allem in der nord- und südamerikanischen Diktaturforschung große Beachtung (Lewis 2006). Bereits 1962 differenzierte Samuel Howard Finer (1962) den Typus der Militärdiktatur in Untertypen aus, in denen das Militär direkt oder indirekt herrscht. Er zeigte, dass für die Frage, ob das Militär die Herrschaft übernimmt, vor allem zwei Faktoren entscheidend sind: die Neigung des Militärs zum Eingreifen in die Politik und die Gelegenheit (etwa durch eine politische Krise). Militärs können aus unterschiedlichen Motiven putschen und dabei die Interessen des Militärs, der Nation, eines bestimmten Teils der Bevölkerung oder die individuellen Interessen der Putschisten im Auge haben (Finer 1962: 230). Militärdiktaturen werden meist instinktiv als rechts klassifiziert. Die Betrachtung von Finer und anderen Forschern zeigte aber, dass die Militärdiktaturen sozial-ökonomische Ausrichtungen von marktradicikal-kapitalistisch bis sozialistisch aufweisen. Eric Nordlinger ergänzte den Forschungsstand um die Erkenntnis, dass Militärdiktaturen von ihrer Anlage her eine fragile Form der Herrschaft sind (Nordlinger 1977). So gibt es Militärcoups doppelt so häufig in Militärdiktaturen wie in Demokratien. Rivalisierende Gruppen innerhalb des herrschenden Militärs tragen Streitigkeiten nämlich häufig mit Gewalt aus. Außerdem tun sich Militärdiktaturen schwer damit, politische Ziele zu formulieren, die eine breite Unterstützung in der Bevölkerung

27 Auf die zahlreichen Einzelfallstudien wie etwa Skidmore (1988) gehe ich nicht ein.

schaffen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Kanäle für die Bündelung von Bevölkerungsinteressen in aller Regel fehlen.

Bei den Parteidiktaturen konzentrierte sich das Forschungsinteresse über lange Zeit nahezu ausschließlich auf die kommunistischen Diktaturen sowie den deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus (zu den ideologisch fundierten Einparteiendiktaturen siehe zuletzt etwa Brooker 1995). Zahlenmäßig weit häufiger sind aber Einparteiendiktaturen in Afrika (u. a. Carter 1962). Nur langsam fanden auch die nicht oder kaum ideologisch geprägten Einparteiendiktaturen Aufmerksamkeit (Huntington/Moore 1970). Die Theoriebildung ist weniger weit entwickelt als im Bereich der Militärdiktaturen. Auf dem Feld der Parteidiktaturen legte erst Brooker im Jahr 2000 eine an Finers Untersuchung zu den Militärdiktaturen angelehnte Aufstellung zu den Gelegenheitsstrukturen für das Aufkommen von Einparteiensystemen sowie deren Motiven und Zielen vor. Als Gelegenheitsstrukturen identifizierte er schwache Staatlichkeit, Bürgerkriege und Dekolonisation (Brooker 2000: 96 f.).

Zu den personalistischen Diktaturen zählen die absolutistische Monarchie und nicht-monarchische sultanistische Regime. Von den totalitären und autoritären Regimen lässt sich der Sultanismus dadurch abgrenzen, dass er auf eine Legitimation durch das Volk verzichtet (Linz 1975, 2003). Diese Autokratien lassen sich auch mit Blick auf den Herrschaftsträger klar von den Partei- und Militärdiktaturen unterscheiden. Gemeinsam ist diesen Regimen, dass die Macht durch eine Person und zugunsten der Herrschenden ausgeübt wird. Die Herrschenden bereichern sich mittels ihrer politischen Macht. Klassische Beispiele finden sich in den arabischen Staaten. Mit den depolitisierenden Militärdiktaturen haben die sultanistischen Regime gemeinsam, dass die Weltanschauung keine Rolle spielt und eine politisch uninteressierte Bevölkerung gewünscht ist. Fallbeispiele des Sultanismus sind etwa das Regime von Marcos auf den Philippinen, von Batista auf Kuba und Pahlavi im Iran. Sultanistische Regime können dabei – wie etwa das Marcos-Regime auf den Philippinen – entstehen, wenn ein Regierungschef die Macht monopolisiert und das Parlament entmachtet.

Auf dem Feld der Erforschung der personalistischen Diktaturen herrschen bislang Einzelfallstudien vor, aber es gibt auch einige länderübergreifende Studien etwa zum Phänomen des Neopatrimonialismus,<sup>28</sup> dessen Hauptbestandteil der Klientelismus ist, oder zu den personalistischen Diktaturen in Schwarzafrika (Jackson/Rosberg 1982). In jüngster Zeit richtet sich das Forschungsinteresse

28 Eisenstadt 1973. Einen Überblick über die neuere Forschung zum Thema bieten Erdmann/Engel 2007.

verstärkt auf die traditionalistischen Diktaturen im arabischen Raum.<sup>29</sup> Das Bild der gegenwärtigen Autokratieforschung von den absolutistischen Monarchien ist sehr stark durch die Nahostforschung geprägt, da im Nahen Osten ein geografisch geschlossener Raum mit diesem Regimetyp vorliegt, der in dieser Form in anderen Regionen nicht mehr vorkommt. In historischer Perspektive ist aber mit Blick auf die verbliebenen absolutistischen Regime in Rechnung zu stellen, dass etwa die auf Ölreichtum und religiöse Faktoren gegründete Saud-Herrschaft grundlegende Unterschiede zu traditionellen absolutistischen Monarchien wie etwa Frankreich unter Ludwig XIV. aufweist.<sup>30</sup> Es ist daher kaum verwunderlich, dass der gegenwärtige „monarchische Autoritarismus“ auch als „Middle Eastern Regime Type“ (Lucas 2004) firmiert.

Der Theoriebildung stehen bei den personalistischen Autokratien besondere Hindernisse im Weg. Verallgemeinerungen sind ausgesprochen schwierig, da dieser Herrschaftstypus mehr als andere Regimetypen durch die Person des Herrschenden geprägt ist. Institutionen, die das Verhalten kanalisieren, spielen keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Dennoch wagten sich Houchang Chehabi und Juan Linz 1998 erstmals daran, Grundzüge einer „Theorie des Sultanismus“ (1998) zu entwerfen. Eine Erkenntnis lautet dabei, dass sultanistische Herrschaft auf der Verbreitung von Furcht und der Schaffung eines Systems politischer Loyalitäten beruhe. Diese – etwas banale – Erkenntnis gilt allerdings für alle Formen der Diktatur (dazu Wintrobe 1998).

Es gibt bei der Betrachtung des Sultanismus noch viele Fragen, die zu klären sind, bevor wir eine aussagekräftigere Theorie entwickeln können. So wäre eine Antwort auf die Frage zu finden, wie sich der Sultanismus auf die politische Leistungsfähigkeit eines Staats auswirkt. Es liegt nämlich die Vermutung nahe, dass es sich um den Regimetyp mit der geringsten politischen Leistungsfähigkeit handelt, da er die Forderungen seiner Bürger kaum in die Politikgestaltung einbezieht und Staatseinkünfte zu einem großen Teil in private Taschen wandern. Es ließe sich mit David Easton (1965) argumentieren, dass sultanistische Regime besonders instabil sein müssten, da sie besonders schlecht auf die Forderungen der Bürger eingehen und daher nicht dauerhaft mit ausreichenden Unterstützungsleistungen rechnen können. Die politischen Leistungen von absolutistischen Herrschaften dürften zwar durch eine Selbstbindung der Herrscher an das Aufgabenprofil eines „guten“ absolutistischen Herrschers etwas besser sein, aber auch ihnen fehlt es an Rückkopplungen durch die Bürger.

29 Albrecht/Schlumberger 2004; Bellin 2004; Fähndrich 2005; Fürtig 2007; Lust-Okar 2005, 2006; Pripstein/Penner 2005; Richter 2007; Schlumberger 2007, 2008.

30 Zu den Charakteristika der Monarchien im arabischen Raum: Herb 1999; Lucas 2004.

#### 4. Grenzziehung zwischen Demokratie und Autokratie

Mit den Regimetransformationen in Osteuropa wuchsen die Anforderungen der typologischen Feinabstimmung sowohl für die Demokratie- als auch die Diktaturforschung. Die Regime in Zentralasien (Beichelt 2001) und viele Herrschaftssysteme in Afrika (Meyns 2006) lassen sich weder klar der Demokratie noch einem der von Juan Linz (1975) vorgestellten Untertypen der autoritären Diktatur oder dem Totalitarismus zuordnen. Zudem ist auffällig, dass sie weder die Grundkriterien einer Demokratie noch die einer Autokratie vollständig erfüllen. In der internationalen Politikwissenschaft wurden seit den 90er-Jahren drei Wege beschritten, um diese Regime zu klassifizieren:

(1) als in der einen oder anderen Form defekte Untertypen der liberalen Demokratie.<sup>31</sup>

(2) als Zwischentypen zwischen der liberalen Demokratie und der Autokratie: Diese werden überwiegend hybride Regime,<sup>32</sup> z. T. aber auch Semidemokratien (Case 1993) oder Semiautokratien (Ottaway 2003) genannt. Trotz der Benennung als Adjektivautokratie gehört nach der Konzeptualisierung von Levitsky/Way (2002, 2009) auch der „kompetitive Autoritarismus“ in diese Kategorie.

(3) als Untertyp der Autokratie: In diese Kategorie gehören die Bezeichnungen „elektorale Autokratien“ (Schedler 2006), Wahldiktatur (Hadenius/Teorell 2006, 2007), Mehrparteiendiktatur (Geddes 1999a, 1999b, 2004) und „softer Autoritarismus“ (Means 1996).<sup>33</sup>

Unter den Begriff der „elektoralen Autokratie“ fasst Andreas Schedler Autokratien mit begrenztem Wettbewerb und halbwegs pluralistischen Wahlen sowie sogenannte „hegemoniale elektorale Autokratien“, in denen Wahlen nur eine Art Theater darstellen, um die Selbst-Reproduktion der Herrschenden zu legitimieren (2002: 47). Zahlreiche Beispiele für diesen Regimetyp finden sich in den postsowjetischen Staaten: etwa in Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan. Die Nicht-Herrschaftsparteien sind dabei keineswegs nur Instrumente der

31 Collier/Levitsky 1997; Merkel/Puhle/Croissant 2003, 2004; O’Donnell 1994; Zakaria 1997.

32 Bogaards 2009; Diamond 2002; Karl 1995; Munck 2006; Rüb 2002; Wigell 2008; Zinecker 2004.

33 In Deutschland sprechen Jerzy Maćkow und Margarete Wiest mit Blick auf diese Fälle von autoritären Systemen mit einem beschränkten Pluralismus. Der Unterschied zu Schedler und Levitsky/Way ist aber, dass diese Autoren in den Spuren von Linz weiterhin von der Typologisierung politischer Systeme in Demokratie, Autoritarismus und Totalitarismus ausgehen (Maćkow 2000, Maćkow/Wiest 2005, Wiest 2006).

herrschenden Partei und damit bloße Staffage, sondern eigenständige Akteure. Mit Blick auf eine Untertypenbildung der Autokratie erscheint der Begriff „elektoraler Autoritarismus“ dabei plausibler als der konkurrierende Begriff „kompetitiver Autoritarismus“ (Levitsky/Way 2002, 2009). Es ist ja gerade ein Kennzeichen der autoritären Regime mit Wahlen, dass sie eben nur semi-kompetitiv sind und den politischen Wettbewerb einschränken und verzerrn. Daraus erscheint es irreführend, sie ausgerechnet mit dem Adjektiv „kompetitiv“ zu bezeichnen.

Die mangelnde Trennschärfe der Begriffe „defekte Demokratie“, „hybrides Regime“ und „elektorale Autokratie“ in der gegenwärtigen Forschung wird nicht zuletzt am Fall Russlands deutlich, dass schon in jede der drei Kategorien eingesortiert wurde (dazu etwa Knobloch 2002). Die Abgrenzung zwischen den drei Kategorien kann also bestenfalls vage genannt werden. Damit bleibt die Zuordnung allzu sehr dem Urteil des jeweiligen Autors überlassen. Erst in jüngster Zeit widmen sich Forscher der wichtigen Thematik der Grenzziehung zwischen den Begriffen, ohne dass bislang eine unumstrittene Antwort auf die Frage in Sicht ist.<sup>34</sup>

Mit Blick auf die Regimeklassifikation lassen sich defekte Demokratien als ein reduzierter Untertyp der Demokratie ansehen, die elektoralen Autokratien sind ein Teil der Welt der Autokratien. Dabei lässt sich sehr grob sagen, dass im Unterschied zu defekten Demokratien hybride Regime derart große „Demokratiedefekte“ haben, dass sie sich nicht mehr dem Grundtyp der Demokratie zurechnen lassen (so etwa Rüb 2002: 94). Mit einiger Plausibilität lässt sich zudem festhalten, dass elektorale Autokratien zwar Wahlen abhalten, aber ansonsten alle Merkmale einer Autokratie aufweisen. Aber letztlich bleibt es bei einer vagen und damit etwas unbefriedigenden Abgrenzung. Die Frage muss diskutiert werden, ob man eine „Mischkategorie“ wie jene der hybriden Kategorien benötigt oder ob damit nicht die bisherige Schwellenwertproblematik (Wo liegt der Übergang von der Demokratie zu Autokratie?) nicht lediglich verdoppelt wird (Wo liegen die Übergänge von der Demokratie zum hybriden Regime und von diesem zur Autokratie?).

Um die Diskussion weiterzubringen, wird neben der inzwischen relativ unumstrittenen Demokratiedefinition von Dahl (1971) auch eine unumstrittene Autokratiedefinition benötigt. Die Autoritarismusdefinition von Linz (1975: 264) taugt für diesen Zweck nicht. Die bloße Definition autoritärer Systeme als Nicht-Demokratien, also Systeme ohne Partizipation und Kompetitivität,

34 Zum Problem der Grenzziehung: Bendel/Croissant/Rüb 2002; Bogaards 2009; Köhler/Warkotsch 2009; Munck 2006.

erscheint als Gegenpol zur Demokratiedefinition von Dahl – im logischen Sinne – optimal. Sie ist aber inhaltlich als bloß negative Definition sehr unbefriedigend (Reich 2002: 7; Gandhi/Przeworski 2006: 1). Einen möglichen Bezugs-punkt bietet die positive Autokratiedefinition von Karl Loewenstein (1959). Daran anknüpfend lassen sich solche Staaten als autokratisch auffassen, in denen die Bürger kaum politische und bürgerliche Freiheitsrechte genießen und die Exekutive nahezu oder vollständig unbeschränkt ist. Als liberal-konstitutionell (dabei nicht unbedingt demokratisch!) sind im Gegensatz dazu Regime anzusehen, in denen die Bürger frei sind und die Macht der Exekutive wirksam beschränkt ist. Es ist allerdings im Blick zu behalten, dass damit zwei Gegen-satzpaare eingeführt sind: (1) Demokratie und Nicht-Demokratie, (2) liberal-konstitutioneller Staat und Autokratie. Selbst wenn wir der Einfachheit halber annehmen, dass es in der realen Welt nur liberal-konstitutionelle (also nicht-autokratische) Demokratien und nicht-demokratische Autokratien gibt, bleibt das empirische Problem, dass manche Staaten weder alle Merkmale einer liberal-konstitutionellen Demokratie noch einer nicht-demokratischen Autokratie vollständig erfüllen. Entweder klassifizieren wir nun tatsächlich als eine Art Notlösung diese Staaten als „hybride Regime“<sup>35</sup> oder wir schaffen es, die Definitionen von Demokratie und Autokratie so auszuformulieren, dass zwischen ihnen kein Raum für Unsicherheiten der Zuordnung mehr bleibt. Die schlechteste aller Lösungen für die künftige Forschung wäre, bei der Einordnung von politischen Regimen nur noch vom Pol der Demokratie auszugehen und alle anderen Regime schlicht als Nicht-Demokratien zu klassifizieren<sup>36</sup> (siehe dazu kritisch Albrecht/Frankenberger 2009).

## 5. Politische Institutionen in Autokratien

Die „alte“ Autokratieforschung zu totalitären Regimen, Militärdiktaturen und sultanistischen Regimen zeichnete sich in der Regel durch eine Konzentration auf spezifisch diktatorische Institutionen wie etwa die Geheimpolizei, die Staatspartei oder die Junta aus (u. a. Chalmers 1979). Wenn bis in die 90er-Jahre in Autokratien Institutionen wie Parlamente, Wahlen oder Parteien betrachtet wurden, galten diese in der Regel als unwichtige Schaufensterdekorationen

35 Zu einem positiven und nicht nur negativen Versuch der Abgrenzung hybrider Regime siehe dagegen Rüb 2002.

36 Vgl. etwa Huntington/Moore 1970: 509; Pepinsky 2007: 2. Weitere Beispiele für die Verwendung der Kategorie Nicht-Demokratien bereits im Titel der Beiträge sind Acemoglu/Egorov/Sonin 2005; Brooker 2000; Schlumberger 2007 und Snyder 2006.

(Gandhi 2008a: XXI). Die neue Autoritarismusforschung nutzt dagegen die Instrumente der Demokratieforschung, um autoritäre Systeme zu analysieren. Während bis in die Gegenwart viele Autokratien in der Regel als „schwach-institutionalisiert“ (Acemoglu/Egorov/Sonin 2007) gelten, betont der „Neue Institutionalismus“ in der Autokratieforschung die reale politische Bedeutung der Institutionen in Autokratien. Im Fokus stehen folgende Felder: Wahlen, Parlamente, Parteien, Gerichte, föderale Institutionen wie subnationale Parlamente und Gouverneure, Medien und Zivilgesellschaft und Interessenverbände (dazu Schedler 2009). Damit wird die Themenpalette der Demokratieforschung auf die Autokratieforschung übertragen. Besonderes Augenmerk verdienen die Erkenntnisse der Bedeutung von Wahlen in einer Reihe von ansonsten autoritären Systemen. Nicht zuletzt Schedler (2002) und Levitsky/Way (2002) haben sich um die Verbreitung der Erkenntnis verdient gemacht, dass Wahlen in Autokratien keineswegs zwangsläufig bedeutungslos sind. Sie waren mit der Verbreitung ihrer Botschaft dabei deutlich erfolgreicher als Guy Hermet, Richard Rose und Alain Rouquié, die bereits 1978 die vergleichende Politikwissenschaft dazu aufgefordert hatten, angesichts der Tatsache, dass in fast allen Staaten der Welt Wahlen abgehalten werden, auch die Bedeutung und Funktion von nicht-kompetitiven Wahlen zur Kenntnis zu nehmen. Als Funktionen nicht-kompetitiver Wahlen arbeiteten die Autoren vor allem die Herrschaftslegitimation, die Kommunikation zwischen Herrschern und Beherrschten sowie die Lösung von Konflikten innerhalb der herrschenden Schicht heraus. Zu diesem Zeitpunkt ging es dabei – und dies sei in Erinnerung gerufen – keineswegs nur um semi-kompetitive, sondern sogar vorrangig um nicht-kompetitive Wahlen. Die Ergebnisse beanspruchten also im Unterschied zur Forschung zu den elektoralen Autokratien auch Gültigkeit etwa für die kommunistischen Diktaturen.

Zwischen Autokratien mit semi-kompetitiven Wahlen und solchen mit nicht-kompetitiven Abstimmungen besteht aber ein grundlegender Unterschied. Während bei Wahlen ohne Auswahl wie in der Sowjetunion Wahlmanipulationen zumindest auf den ersten Blick sinnlos erscheinen,<sup>37</sup> zeichnen sich elektorale Autokratien durch Manipulationen im Vorfeld und bei den Wahlen aus, die dazu führen, dass die Macht der Herrschenden kaum gefährdet wird.<sup>38</sup> Von

37 Bei näherem Hinsehen ergibt sich bei nicht-kompetitiven Wahlen allerdings ein hoher Druck, ein Ergebnis für die Einparteiensliste oder den Wahlblock nahe hundert Prozent zu erreichen. Jede Gegenstimme stellt nämlich die Legitimation der Grundannahme von Einparteidiktaturen einer Übereinstimmung von Regierenden und Regierten infrage. Dadurch werden in der Praxis sehr wohl auch in Einparteidiktaturen Wahlen manipuliert.

38 Gandhi/Lust-Okar 2009; Magaloni 2007; Schedler 2002; Schaffer 2007.

solchen Fällen lassen sich Diktaturen wie Turkmenistan abgrenzen, in denen es zwar Abstimmungen ohne Alternativen, aber keine Wahlen mit Wettbewerb gibt. Auch wenn die Wahlen in elektoralen Autokratien und elektoralen hybriden Regimen manipuliert und damit allenfalls semikompetitiv sind, haben sie eine erstaunlich hohe Bedeutung für den politischen Prozess.<sup>39</sup> Das gilt selbst für Wahlen, bei denen die Partizipation sehr gering ausfällt (Lust-Okar 2006). Dieser neue Blickwinkel der Relevanz des politischen Wettbewerbs in einer Teilmenge der Autokratien öffnet den Blick für vielfältige neue Fragestellungen. Während die traditionelle Diktaturforschung Wahlen in Autokratien als bedeutsungslos abtun konnte, ist etwa eine zu den Demokratien analoge Wählerforschung in den elektoralen Semiautokratien und vielleicht sogar in den elektoralen Autokratien sinnvoll (Schedler 2007). Von Interesse ist, in welchem Maße es den Herrschenden gelingt, die Opposition durch den beschränkten Pluralismus einzubinden und damit die Wahlen als wirksame Herrschaftsstütze zu nutzen, und unter welchen Bedingungen es der Opposition in einer elektoralen Semiautokratie gelingen kann, trotz der Beschränkungen des Pluralismus die Herrschaft zu übernehmen.<sup>40</sup>

Jennifer Gandhi (2008a) hat in ihrer bemerkenswerten Studie zu politischen Institutionen in Autokratien die Erkenntnis zutage gefördert, dass Parlamente und Parteien in einer Reihe von Autokratien eine wichtige Funktion bei der Formulierung und Implementation von Politiken (Gandhi 2003, 2008b) wie für das Regimeüberleben spielen (Gandhi/Przeworski 2007). Sie argumentiert, dass die Parlamente eine Arena für Machthaber und ihre Opponenten zur Kompromissbildung bieten. Gerade die Reformen, die als Schritte in Richtung Liberalismus und Demokratie interpretiert werden können, ermöglichen es aber den Machthabern, die Regimeopposition zu vereinnahmen (dazu Gandhi/Przeworski 2006).

Die Ausgangshypothese von Jason Brownlees ist, dass die Etablierung von Herrschaftsparteien die Dauerhaftigkeit von Autokratien stützt (2007a: 42). Als systemstützend gelten die Herrschaftsparteien dabei vor allem, weil sie eine Arena bieten, innerhalb derer unterschiedlich positionierte Eliten miteinander debattieren und konkurrieren können. Weiterhin ermöglichen Herrschaftsparteien eine instututionalisierte Auswahl und Abwahl des Regierungschefs (Brownlee 2007a: 203 ff.). Brownlees Argumentation hinsichtlich der Funktion von Parteien zur Lösung von Elitenkonflikten in Autokratien unterscheidet sich

39 Dazu am Beispiel Afrikas Lindberg 2006.

40 Zur ersten Frage: Gandhi/Przeworski 2006; Magaloni 2006. Zur zweiten Frage: Greene 2007.

also kaum von jener Gandhis bezüglich der Parlamente oder von jener von Hermet/Rose/Rouquié (1978) zu Wahlen. Auch Barbara Geddes (2006) unterstreicht, dass Parteien und Wahlen in autokratischen Regimen den Machthabern helfen, möglicherweise destabilisierende Konflikte innerhalb der herrschenden Elite zu lösen. Hervorgehoben wird von ihr die Funktion, mittels Parteigründungen in Militärdiktaturen ein Gegengewicht zu konkurrierenden Flügeln im Militär aufzubauen. Offen bleibt bei dieser Form der Argumentation allerdings bislang in der Regel, warum denn etwa ein Beratungsstab oder eine Junta, in die Elitenvertreter eingebunden sind, also ein kleiner Zirkel von nicht volksgewählten Personen, den Zweck eines Elitenausgleichs für die Herrschenden nicht genauso gut erfüllen könnte wie Parteien und Parlamente. Die vorherrschende Argumentation scheint demgegenüber die grundlegende Bedeutung der Legitimationsfunktion von Wahlen, Parlamenten und Parteien gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber der Außenwelt zu unterschätzen.<sup>41</sup>

Barbara Geddes' klares Diktum – das Gandhi und Brownlee sicher unterschreiben würde – lautet: „From the dictator's point of view, support parties and elections are central elements in his survival strategy“ (2006: 2). Das dürfte auch kaum jemand bestreiten. Eine entscheidende Frage ist allerdings, ob Autokraten zu Recht auf Wahlen und Parteien setzen. Dafür spricht immerhin einiges. Mit Blick auf den arabischen Raum konnten Regionalforscher ergänzend zu den Ergebnissen von Brownlee und Gandhi die paradoxerweise systemstützende Wirkung von oppositionellen Gruppierungen in Regimen aufzeigen, die sich liberalisiert haben.<sup>42</sup> Schedler (2006) und Levitsky/Way (2009) streiten eine systemstützende Funktion von Mehrparteiwahlen in Autokratien nicht ab. Sie betonen aber deutlich stärker die Gefahren, die aus der Existenz von konkurrierenden Parteien für die Machterhaltung von Autokraten erwachsen können. Schedler treibt die Forschung nicht zuletzt voran, indem er die vielfältigen Manipulationsversuche der Machthaber vor allem bei Wahlen (Schedler 2002, 2007), aber auch bei Gerichten, Parlamenten und Medien (Schedler 2009) in elektoralen Autokratien herausarbeitet. So erfolgt eine Manipulation von Wahlen etwa keineswegs nur durch die Fälschung von Wahlzetteln oder durch Bestechung, sondern auch durch diskriminierende Wahlgesetze oder die systematische Benachteiligung von Oppositionsgruppen oder schlicht durch einen die Regierungspartei begünstigenden Zuschnitt von Wahlkreisen.

Neben Wahlen, Parlamenten und Parteien wird in den letzten zehn Jahren auch – bislang weniger beachtet – der wichtige Bereich der Gerichte in Auto-

41 Zu den Ausnahmen, die diese Faktoren in den Mittelpunkt rücken, zählt Cox 2007.

42 U. a. Albrecht 2005; Cavatorta 2009; Lust-Okar 2005.

kratien erstmals systematisch in den Blick genommen.<sup>43</sup> Dabei geht es sowohl um die (begrenzten) Freiräume der Justiz in Autokratien (dazu Toharia 1975) als auch um die Verrechtlichung des Repressionssystems (Pereira 2008). Insgesamt lassen sich die Ergebnisse dahingehend zusammenfassen, dass auch autokratische Staaten keine rechtsfreien Räume sind. Sie sind auch gewöhnlich keine Staaten, in denen nur „Unrecht“ kodifiziert würde. Die Verrechtlichung der Politik, die vor allem in den liberalen Demokratien zu beobachten ist, hat vor den Autokratien nicht vollständig haltgemacht (Moustafa 2009). Allerdings manipulieren die Herrschenden in Autokratien die Justiz in starkem Maße (Ginsburg/Moustafa 2008; Schedler 2009).

Auch die Aspekte der Machtkontrolle von Autokratien durch Dezentralisierung und Föderalisierung finden inzwischen Berücksichtigung.<sup>44</sup> Dabei zeigt sich, dass eine gewisse Dezentralisierung ab einer bestimmten Größe des Territoriums wie in China, Russland oder Mexiko wohl kaum zu umgehen ist. Für den Autokraten, der auf zentralstaatlicher Ebene herrscht, kann es dabei im Sinne der Herrschaftsstabilisierung rational sein, seine Macht auf subnationaler Ebene zu delegieren und nicht alles zentral zu entscheiden.

Die Übertragung des Thementableaus der Demokratieforschung auf die Autokratieforschung hat Vor- und Nachteile. So bezeichnen sich bis auf Saudi-Arabien und Burma inzwischen alle politischen Regime als demokratisch. In der einen oder anderen Form finden sich daher meist auch demokratisch anmutende Institutionen in Autokratien. Mit einer „demokratischen Brille“ auf autokratische Systeme zu blicken, hat das Bild autokratischer Systeme in den letzten Jahren um bedeutende Facetten ergänzt. Wichtig ist es aber auch, die Begrenzungen des Ansatzes in Erinnerung zu behalten. Zum einen dürfen Wahlen und Parlamente in Autokratien nicht als „demokratische Institutionen“ (Gandhi 2008a: xv) missdeutet werden. Auch wenn die Institutionen in Autokratien keineswegs nur Fassade sind, so haben Institutionen wie Parteien und Parlamente im Kontext eines autokratischen Systems eine andere Funktion als in liberalen Demokratien. Diese Institutionen können vor allem niemals wirkliche institutionelle Autonomie haben. Andreas Schedler als einer der wichtigsten Vertreter des „neuen Institutionalismus“ in der Autokratieforschung stellt unmissverständlich klar: „[The rulers] will always try to make sure that the *nominally democratic* institutions they set up remain *substantively authoritarian*“.

43 Barros 2002; Brown 1997; Ginsburg/Moustafa 2008; Helmke 2002, 2005; Magaloni 2003; Moustafa 2009; Solomon 2007. Eine Pionierstudie zum Thema war vor mehr als drei Jahrzehnten Toharia 1975.

44 Bunce 1999; Landry 2009; Ross 2005.

an. Political institutions that are created by and embedded in an authoritarian regime, are never, except by a slip of language, „democratic institutions““ (Schedler 2009: 9).

Im Blick sollte auch bleiben, dass die Bindekraft von Institutionen in Autokratien zwar höher als lange angenommen ist, aber eben doch weit geringer als in liberalen Demokratien. Zentrale Aspekte der politischen Wirklichkeit in Autokratien bleiben bei einer vollständigen Konzentration auf die nominell „demokratischen“ Institutionen und deren Manipulation durch die Herrschen- den auch außerhalb des Blickfelds. Spezifisch autokratische Institutionen, die für Zwang und Kontrolle zuständig sind, werden derzeit nur in wenigen Beiträ- gen der neuen Autoritarismusforschung beachtet (zu den Ausnahmen zählen Bellin 2005 und Levitsky/Way 2006). Es fehlen etwa Studien zur Frage, wie sich autokratische Herrscher der Loyalität von Sicherheitsapparat und Militär versichern und unter welchen Bedingungen sie deren Unterstützung verlieren.

## **6. Gründe für das Entstehen, Zusammenbrechen und Überleben von Auto-kratien**

Seit Ende der 90er-Jahre versuchen Forscher verstärkt zu ergründen, warum bestimmte Autokratien überleben, andere aber zusammenbrechen.<sup>45</sup> So ist es etwa interessant zu klären, warum die Autokratien in Irak, Libyen, Syrien und Tunesien über Jahrzehnte überlebten, obgleich sie nicht weniger korrupt und verbrecherisch waren als vergleichbare Autokratien, die nur kurze Zeit überdauerten (so die Fragestellung von Brownlee 2002). Die meisten bisherigen Beiträge zur Frage des Überlebens und Scheiterns von Autokratien sind stark institutionenzentriert. Dabei gibt es in der institutionenzentrierten Forschung einen grundlegenden Streitpunkt. Es herrscht Uneinigkeit bezüglich der Frage, ob die Einführung nominell demokratischer Institutionen und eine gewisse Liberalisierung für Autokratien eher eine systemstützende oder eher eine systemsprengende Wirkung haben. Es koexistieren bislang zwei Lager miteinander, ohne dass ein offener Streit ausgetragen würde. Samuel Huntington (137) erklärte schlicht: „[...] liberalized authoritarianism is not a stable equilibrium. The half-way house does not stand“ (1991: 137). Diese Meinung vertrat auch Przeworski (1991: 58). Gandhi (2008a), Hermet/Rose/Rouquié (1978), Linz (1975) und

45 Brownlee 2002, 2005, 2007a; Gandhi 2008a; Gandhi/Przeworski 2007; Geddes 1999a, 1999b; Hadenius/Teorell 2006; Magaloni 2008; Schlumberger 2007, 2008; Smith 2005; Svolik 2008; Ulfelder 2005, 2007. Zuvor gab es nur sehr vereinzelt Studien zu diesem bedeutenden Thema. Dix (1982) ist in dieser Hinsicht eine Stecknadel im Heuhaufen.

Linz/Chebabi (1998) betonten dagegen die systemstützende Funktion von Wahlen und Parlamenten in Autokratien. Die bisherigen empirischen Ergebnisse sind noch nicht ganz ausreichend, um eine klare Antwort auf die Frage zu geben, wer Recht hat. Gandhi/Przeworski (2007), Geddes (2006) und Magaloni (2008) sehen eine Verbindung zwischen der Existenz von Wahlen in einer Autokratie und deren Dauerhaftigkeit. Jason Brownlee (2007a) kommt zwar zu dem Ergebnis, dass es für die Dauerhaftigkeit von Autokratien keine Bedeutung hat, ob Wahlen durchgeführt werden. Als entscheidend sieht er vielmehr an, ob die Machthaber eine Partei zur Stützung ihrer Herrschaft gegründet haben. Aber auch er ist der Auffassung: „In many parts oft the world the halfway house of liberalized authoritarianism has become an enduring fortress“ (Brownlee 2007a: 217). Axel Hadenius und Jan Teorell (2006, 2007) kommen in ihren Arbeiten dagegen zu dem Ergebnis, dass Mehrparteien-Autokratien der instabilste Autokratietyp und damit ein Schritt in Richtung Demokratie sind. Unumstritten ist wiederum, dass Einparteidiktaturen langlebiger sind als Mehrparteidiktaturen (Geddes 1999a, 1999b, 2004; Hadenius/Teorell 2006, 2007).

Nicht umstritten ist in der Forschung auch die Fragilität von Militärdiktaturen. Die empirischen Ergebnisse von Barbara Geddes (1999a, 1999b) sowie Hadenius/Teorell (2006, 2007) bestätigten im völligen Einklang mit den Annahmen der qualitativen Forschung zu Militärdiktaturen (u. a. Nordlinger 1977), dass Militärdiktaturen deutlich kurzlebiger sind als Parteidiktaturen bzw. Wahlregime und personalistische Diktaturen bzw. absolutistische Monarchien.

Fragt man nach der Dauerhaftigkeit von Autokratien, die weder Militärdiktaturen noch Parteidiktaturen bzw. Wahlregime sind, hängt das Ergebnis entscheidend vom Zuschnitt ab. Es macht einen grundlegenden Unterschied, ob die Kategorie der personalistischen Regime (Monarchien und sultanistische Regime) oder nur die Kategorie der absolutistischen Monarchien betrachtet wird. Personalistische Regime sind zwar nach den Ergebnissen von Geddes (1999b: 133) deutlich langlebiger als Militärdiktaturen, aber weit weniger dauerhaft als Parteidiktaturen (1999a, 1999b). Als Grundprobleme der personalistischen Regime gelten Geddes vor allem die ungeklärte Nachfolgefrage und der geringe Umfang des Unterstützerkreises, da nur wenige von der Herrschaft profitierten. Die Begründung zielt dabei offenkundig nur auf sultanistische Regime. In absolutistischen Regimen ist nämlich die Nachfolgefrage in aller Regel geklärt und auch der Unterstützerkreis beschränkt sich bei etablierten Monarchien zumindest in historischer Perspektive keineswegs auf einen kleinen Kreis von persönlich Begünstigten.

Die absolutistischen Monarchien erweisen sich im starken Kontrast zum Ergebnis von Geddes dann auch in den Studien von Hadenius/Teorell (2006, 2007) als die überlebensfähigste Autokratieform. Fraglich ist dabei allerdings, ob dies nicht lediglich eine Folge des gewählten Untersuchungszeitraums (1972-2003) ist, da die meisten Monarchien zu Untersuchungsbeginn bereits untergegangen waren. Die noch verbliebenen absolutistischen Monarchien lagen fast alle im arabischen Raum. Als Erklärung für die Stabilität der Regime im arabischen Raum erscheint aber der Rentierstaatenansatz deutlich plausibler als der monarchische Charakter der Regime (siehe Beck 2007). Mit Blick auf die absolutistischen Monarchien sollte auch nicht vergessen werden, dass die verbliebenen Vertreter Überlebenskünstler sein mögen, es sich aber um eine aussterbende Gattung handelt.

Die bisherigen quantitativen Makrostudien erlauben letztlich nur recht vage Annahmen über den Zusammenhang zwischen der Dauerhaftigkeit und der Form der Autokratie, da die meisten Studien kaum Kontrollvariablen einsetzen (Eine Ausnahme ist Geddes [2004], die u. a. die Variablen Region, Wirtschaftswachstum, sozio-ökonomischer Stand und Druck aus dem Ausland berücksichtigt.). Daher stehen die meisten derzeitigen Ergebnisse noch auf tönernen Füßen. Um die konkreten Wirkungsmechanismen zu ergründen, sind auch weitere Fallstudien notwendig. Hervorragend ist es in dieser Hinsicht, wie Jason Brownlee (2007a) eine quantitative Studie mit Fallstudien verbindet. Er analysiert Ägypten und Malaysia als Beispiele dauerhafter autoritärer Regime, während er Iran und die Philippinen als Fälle einer Niederlage der Regierungspartei anführt.

Die bisherige Transformationsforschung nahm allzu häufig Zusammenbrüche von Autokratien als erste Stufe auf einer Treppe zur liberalen Demokratie wahr.<sup>46</sup> Das führte dazu, dass nur der kleinere Teil der Autokratiezusammenbrüche in den Blick geriet, der zumindest von einem Wahlregime abgelöst wurde. Da auf eine Diktatur aber weit häufiger eine Diktatur folgt als eine Demokratie, ist verstärkt zu erforschen, wann Übergänge zur Demokratie ausbleiben und Regimewechsel zwischen verschiedenen Diktaturformen oder gewaltsame Regierungswechsel innerhalb eines Diktaturtyps erfolgen. Brownlee (2007a) liefert dazu einen ersten Beitrag. Seine „Erklärung“, dass auf den Philippinen die Demokratisierung gelungen ist, weil die Opposition die Konfrontation mit den bisherigen Institutionen suchte, während die „Reformer“ im

46 Paradebeispiel dafür sind die Bände von O'Donnell/Schmitter/Whitehead (1986), deren Überschrift „Transitions from Authoritarian Rule“ hätte erwarten lassen, dass nicht nur Transitionen zur Demokratie behandelt werden.

Iran vor einer Konfrontation mit den klerikalen Institutionen zurück scheut, ist allerdings weit weniger ergiebig als seine profunden Schilderungen der Entwicklung des zugrunde liegenden Elitenverhaltens gegenüber beiden Regime. Zudem stellt sich mit Blick auf die ausgebliebene Konfrontation im Iran die Frage, ob es denn überhaupt eine Niederlage des Regimes gegeben hat oder ob dieses nicht den Wahlsieg der „Reformer“ überdauert hat.

Weiterhin ist es von großem Interesse, ob bestimmte Autokratieformen in bestimmter Weise zusammenbrechen. Forschungsbedarf besteht zudem in der Frage, warum Staaten mit gleicher institutioneller Ausstattung eine unterschiedliche Dauerhaftigkeit aufweisen. Auch in diesem Punkt erwirbt Brownlee Meriten (2007a). Indem er Fälle mit Herrschaftsparteien, die an der Macht blieben (Ägypten, Malaysia) solchen Fällen gegenüberstellt, in denen die Opposition Erfolg hatte (Iran, Philippinen), geht er einen entscheidenden Schritt über die globalen quantitativen Studien hinaus und fragt nach der Varianz des Ergebnisses innerhalb einer Kategorie von Autokratien (siehe auch Brownlee 2002). Als entscheidende Variable hinter der Dauerhaftigkeit in der Kategorie der Staaten mit Regierungsparteien sieht Brownlee die Frage an, inwieweit es gelungen ist, rivalisierende Teile der Elite in der Regierungspartei zu integrieren. Diese „unabhängige Variable“ liegt allerdings extrem nahe an der „abhängigen Variable“. Ein wichtiger Teil der Ergebnisvariable ist nämlich, ob eine Elitenabtrünnigkeit zu beobachten war (u. a. Brownlee 2007a: 215). Im Grunde unterlaufen die empirischen Ergebnisse die Ausgangshypothese von Brownlee, dass Regierungsparteien entscheidend für eine höhere Dauerhaftigkeit von Autokratien sorgen. Als so nicht formuliertes Ergebnis seiner Studie könnte nämlich gelten, dass der Grad der Eliteneinigkeit – und damit eine Akteursvariable – der entscheidende Faktor für die Dauerhaftigkeit von Autokratien ist. Auch die Studien von Gandhi (2008a) und Geddes (1999a, 1999b) gehen trotz des formal institutionalistischen Ansatzes von einer Schlüsselbedeutung der Eliten aus. Die Institutionen erscheinen hier nämlich in erster Linie als Plattformen, die mehr oder weniger gut geeignet sind, Elitenkonflikte zu moderieren (Gandhi/Przeworski 2006).

Neben der institutionenzentrierten Dauerhaftigkeitsforschung zu Autokratien gibt es für den arabischen Raum auch eine ganze Reihe von ressourcenzentrierten Beiträgen.<sup>47</sup> Gemäß dem ressourcenorientierten Ansatz ist ein sehr großer natürlicher Ressourcenreichtum (an Edelsteinen, Gas, Gold oder Öl) der entscheidende Grund für die Überlebensfähigkeit der Regime im arabischen Raum (Beblawi/Luciani 1987). Die Herrschenden sind im Unterschied zu allen anderen

47 Bank 2004; Richter 2007; Smith 2004; Ulfelder 2005.

politischen Regimen nicht auf materielle Unterstützungsleistungen der Bürger angewiesen. Das Fehlen von Steuerbelastungen kann wiederum das Desinteresse der Bevölkerung an einem Regimewechsel erklären. Durch die reichlichen Einnahmen aus den Bodenschätzten können sich die Herrschenden wiederum einen stark ausgebauten Apparat zur Absicherung ihrer Herrschaft sowie die Speisung eines umfassenden klientelistischen Netzwerks leisten (Morrison 2009; Smith 2004).

Der Ressourcenansatz kann also als Variante des Klientelismusansatzes aufgefasst werden. Dieser geht davon aus, dass die politische Verfügungsgewalt über ökonomische Ressourcen ein Schlüsselement der Stabilisierung politischer Macht ist.<sup>48</sup> Dabei ist es zweitrangig, woher die ökonomischen Ressourcen des Systems zur klientelistischen Regimestützung stammen. Staaten mit Ressourcenreichtum müssen auch keineswegs autokratisch sein, wie das Beispiel Norwegen zeigt. In neueren Studien wird deshalb nicht nur auf die Erdölrenten geblickt und der Schwerpunkt von den Staatseinnahmen zu den Staatsausgaben verschoben (Richter 2007).

Bislang stehen der institutionen- und der klientelismus- bzw. ressourcenzentrierte Ansatz in vergleichenden Studien noch recht unverbunden nebeneinander, während es in Regionalstudien zum Nahen Osten bereits fruchtbare Versuche der Verbindung beider Zugänge gibt (u. a. Bank 2004; Richter 2007). Auch in den globalen Vergleichsstudien bedürfen verschiedene Zugänge – nicht nur diese beiden – künftig der Integration in einem übergreifenden Forschungsdesign. Gerade im Bereich des Überlebens und Scheiterns von Autokratien ist es etwa wichtig, auch die grundlegende Bedeutung der Herrschaftslegitimation zu untersuchen (Holbig 2009; Pickel 2009). So könnte es hinsichtlich der Stabilität einen Unterschied machen, ob etwa eine Militärdiktatur nur einen sehr kurzfristigen Anspruch auf eine Herrschaft als Notstandsregime beanspruchen kann oder ob eine ideokratische Zivildiktatur einen „ewigen“ Herrschaftsanspruch als Verwirklicher einer Utopie begründet. In die Richtung der Tragfähigkeit dieser Annahme weist die deutlich höhere Dauerhaftigkeit von Einparteidiktaturen im Vergleich zu Militärdiktaturen (Hadenius/Teorell 2007).

Weiterhin sollten künftig auch stärker als bislang andere Stützen der Herrschaftsstabilisierung etwa durch eine klientelorientierte Verteilung von Gütern und/oder durch den Einsatz von Zwangs- und Kontrollmitteln untersucht werden. Sinnvoll erscheint es zudem, auch die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Strategien und Mechanismen autokratischer Herrschaftssicherung zu erforschen. Unterbelichtet ist in der gegenwärtigen Forschung auch die Frage,

48 Bratton/van de Walle 1994: 458; Medard 1982: 177; Erdmann 2002: 331; Timm 2009: 10.

ob und auf welchen Wegen spezifische politisch-kulturelle Prägungen – seien es religiöse oder regionale Mentalitäten – das Überleben von Autokratien beeinflussen (Eine erste Ausnahme ist Pickel 2009.). In der Forschung zum arabischen Raum deutet sich etwa an, dass die arabische Mentalität einer Etablierung liberaler Demokratien entgegensteht (Mattes 2008). Gleichermaßen hatte Pye in seiner klassischen Studie für den asiatischen Raum herausgearbeitet (1985). Im Unterschied zum arabischen Raum hat sich dort aber inzwischen eine ganze Reihe liberaler Demokratien erfolgreich etabliert. Für die Forschung ist dabei nicht nur interessant, inwieweit politisch-kulturelle Faktoren Vorbedingungen für eine autoritäre oder demokratische Entwicklung sind, sondern auch inwiefern stabile Autokratien wie etwa China, Mexiko oder die Sowjetunion die politische Kultur geprägt haben (zur politischen Kultur der Sowjetunion Brown/Gray 1979).

Ein weiterer beachtenswerter Faktor bei der Untersuchung der Dauerhaftigkeit von Autokratien ist die Staatlichkeit. In einigen Staaten wie Somalia und Sudan überleben die autokratischen Strukturen nicht, weil sie gute Arbeit leisten, sondern schlicht, weil Alternativen fehlen. Für Länder, in denen die Staatlichkeit nicht greift, ist es im Grunde egal, ob die Strukturen des Staats demokratisch oder autokratisch sind. Mit Blick auf diese Staaten besteht Diskussionsbedarf, ob sie unter der Rubrik „Autokratien“ gut aufgehoben sind oder ob wir die gescheiterten Staaten nicht zunächst von den weitgehend funktionierenden Staaten scheiden müssen, bevor wir uns daran machen, überhaupt nach Demokratien und Autokratien zu differenzieren.

Während Studien zum Zusammenhang zwischen dem Autokratiegrad und der Staatlichkeit bislang gänzlich fehlen, wurde mit Blick auf die Erforschung sozio-ökonomischer Faktoren für das Überleben und Scheitern von Autokratien bereits eine Reihe von Beiträgen vorgelegt (Acemoglu/Robinson 2006; Przeworski u. a. 2000). Noch immer umstritten ist aber etwa die Frage, ob Schwächen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den Sturz von Autokratien begünstigen oder ob es für Autokratien umgekehrt gefährlich ist, einen bestimmten wirtschaftlichen Entwicklungsstand zu überschreiten. Es sollte untersucht werden, ob die Bedeutung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach Autokratietyp variiert. Zudem wäre zu überlegen, ob vielleicht gar kein linearer Zusammenhang zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteht, sondern das Risiko einer Transformation möglicherweise für Autokratien im mittleren Wohlstandsbereich besonders groß ist.

Im Gegensatz zu den konkreten Entwicklungspfaden in verschiedene Formen der Diktatur, sind die verschiedenen Pfade der Zusammenbrüche von

Autokratien besser erforscht. Da die Moderne „keine Einbahnstraße zur Freiheit“ (Peukert 1982: 296) ist, erscheint es aber neben den Gründen für die Persistenz autokratischer Systeme und der Betrachtung von Transformationspfaden von Autokratien zu Demokratien auch wichtig zu erforschen, unter welchen Bedingungen Demokratien zusammenbrechen und Autokratien entstehen.<sup>49</sup> Bislang liegen hierzu fast nur Studien zu den Pfaden in die Autokratie in der Zwischenkriegszeit vor (Berg-Schlosser/Mitchell 2000, 2003). Auch unterhalb der Schwelle eines Demokratiezusammenbruchs sind die in vielen Staaten immer wieder zu beobachtenden Prozesse einer autoritären Regression zu analysieren. Kein besonderer Nachholbedarf im Vergleich zur Demokratieforschung besteht hinsichtlich der Erforschung der sozialen und ökonomischen Ursprünge von Autokratien. Die Autokratien sind nämlich in den bahnbrechenden quantitativen und qualitativen Vergleichsstudien etwa von Barrington Moore oder Adam Przeworski u. a. in der Regel gleichberechtigt mit den Demokratien erfasst worden.<sup>50</sup> Wenn es um weitere Forschung zu den Etablierungsprozessen von Autokratien geht, sind Defizite am stärksten im Bereich der Akteurstheorien festzustellen. Unzureichend wird auch bislang überprüft, inwiefern sich die Wege in die verschiedenen Diktaturformen unterscheiden. Die Entstehung einer Weltanschauungsdiktatur dürfte sich deutlich von derjenigen eines sultanistischen Regimes unterscheiden.

## 7. Die Politik von Autokratien und Demokratie-Diktatur-Vergleiche

Eine bedeutsame, aber in der Forschung bislang stark unterbelichtete Frage lautet: Gibt es systematische Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien auf bestimmten Politikfeldern?<sup>51</sup> Auch hier sind die gewichtigen Unterschiede zwischen den Diktaturtypen im Blick zu behalten, die durchaus größer sein können als die zwischen der Politik einer bestimmten Demokratie und einer bestimmten Diktatur. So hat neben der ideologischen Ausrichtung von Autokratien etwa die unterschiedliche Ausgestaltung der Institutionen Einfluss auf die Politikgestaltung (Gandhi 2003). Wenn politische Regime verglichen werden, sind auch stets die sozioökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen zu

49 Der Autor arbeitet derzeit an einem Forschungsprojekt, in dem mithilfe von Ereignisanalysen, QCA und Prozessanalysen die Faktoren, die zum Überleben und Scheitern von Demokratien zwischen 1900 und 2008 beigetragen haben, herausgefiltert werden.

50 Acemoglu/Robinson 2006; Moore 1966; Przeworski u. a. 2000.

51 Siehe zu dieser Frage Mulligan/Gil/Sala-i-Martin 2004. Erste größere vergleichende Studien zur Außenpolitik autoritärer Regime bieten Ishiyama/Conway/Haggans 2008; Lai/Slater 2006; Peceny/Beer/Sanchez-Terry 2002.

berücksichtigen. Es ist inzwischen etwa gut belegt, dass wirtschaftlich leistungsfähige Staaten eher zu einer Demokratisierung neigen als wirtschaftlich schwächere Staaten (u. a. Lipset 1994). Von besonderem Interesse sind daher Vergleichsanlagen, in denen die untersuchten Autokratien und Demokratien möglichst ähnliche Rahmenbedingungen aufweisen.

Beim Politikfeldervergleich sind analog den Bemühungen von Günther Heydemann (1998, 2003) um sektorale Vergleiche zwischen Drittem Reich und DDR Vergleiche zwischen Bundesrepublik Deutschland und der DDR sehr sinnvoll. Auch Süd- und Nordkorea erscheinen gut geeignet, Erkenntnisse über den Einfluss der Herrschaftsordnung auf unterschiedlichste Faktoren (Ausgestaltung von Politiken, Regimeperformanz, Systemstabilität etc.) zu gewinnen. Allerdings waren in Nord- und Südkorea die Ausgangsvoraussetzungen deutlich unterschiedlicher als im Falle der beiden Hälften Deutschlands. Aus dieser Perspektive ist ein deutsch-deutscher Vergleich keineswegs eine provinzialistische Marotte, sondern die einmalige Chance der Auswertung eines politikwissenschaftlich höchst spannenden Quasi-Experiments. Der eine Teil wurde demokatisch, der andere diktatorisch regiert. Die Anlage des Vergleichs hat den unschätzbaren Vorteil, dass die Ausgangssituation (sozio-ökonomische Bedingungen, geografische Lage, politische Kultur etc.) in beiden Fällen gleich und somit der Einfluss intervenierender Variablen in dem Vergleich minimiert ist. Zudem mussten beide Länder häufig auf gleiche äußere Einflüsse bei der Gestaltung ihrer Politik reagieren (im Falle von DDR und Bundesrepublik z. B. auf die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Krieg oder den Ölpreisschock).

Einen ersten Eindruck von der Ergiebigkeit dieses Zugangs bieten die vergleichenden Studien zur Sozialpolitik in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland von Manfred G. Schmidt (1999, 2006). Auch im Hinblick auf Länder wie Argentinien, die immer wieder zwischen Demokratie und Autokratie schwankten, ließen sich konkretere Erkenntnisse darüber gewinnen, ob es systematische Unterschiede zwischen den Politiken von Demokratien und Autokratien gibt. Neben der bewussten Kontrastierung autokratischer und demokratischer Politiken sollten die autokratischen Systeme künftig systematisch in die internationalen Vergleichsstudien einbezogen werden. Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, warum sich etwa übergreifende Beiträge zu „Policy-Making“ (z. B. Knill/Tosun 2008) in aller Regel nur auf Demokratien beziehen.

In der künftigen Diktaturforschung sollte dem empirischen Vergleich von Demokratien und Autokratien ein bedeutender Platz eingeräumt werden. Viele Fragen sind noch offen. So wäre zu klären, ob Demokratien auf allen Gebieten

leistungsfähiger als Autokratien sind, oder ob dies nur für ganz bestimmte Bereiche gilt. Vorsicht vor einer demokratischen Überheblichkeit ist dabei angebracht. Hinsichtlich der bedeutenden Frage des Wirtschaftswachstums hat sich etwa inzwischen herauskristallisiert, dass die Demokratien den Autokratien weder über- noch unterlegen sind (Helliwell 1994). Auch bei der Fähigkeit, Steuereinnahmen einzusammeln, zeigen sich keine Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien (Cheibub 1998).

Ein Problem beim Demokratie-Diktatur-Vergleich ist allerdings, dass die Daten für Autokratien häufig unzuverlässig sind. Dies wird etwa beim Rückblick auf die Daten deutlich, die Vergleichen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zugrunde lagen. Stärker als bislang wird die künftige Forschung sich dem Einfluss der konkreten Institutionen und Politiken von Autokratien auf die Leistungsfähigkeit widmen müssen, um zu einem differenzierten Bild der Leistungsfähigkeit politischer Regime zu kommen.<sup>52</sup>

In der Vergangenheit wurden etwa von Manfred G. Schmidt (2008: 472-485) sowie Dirk Berg-Schlosser und Norbert Kersting (1996) bereits aufschlussreiche empirische Vergleiche zwischen Demokratien und Autokratien durchgeführt. Allerdings sollte beim Demokratie-Diktatur-Vergleich künftig der Block der Autokratien ausdifferenziert werden. Neben dem Durchschnittswert der Autokratien sollte bei den Vergleichen also deutlich zwischen Gruppen von Autokratien, also etwa kommunistischen Weltanschauungskräften, Militärdiktaturen und personalistischen (sultanistischen) Diktaturen unterschieden werden. Der Binnenvergleich zwischen Autokratien hat – nicht nur mit Blick auf die politische Leistungsfähigkeit – einen zusätzlichen Erkenntniswert für die Forschung. Kommunistische Autokratien dürften etwa bei der Verteilung des Einkommens (gemessen am Gini-Koeffizienten) gewöhnlich besser abschneiden als personalistische Diktaturen.

## 8. Zusammenfassung

Der „neue Institutionalismus“ hat die Autokratieforschung in der jüngsten Zeit stark vorangetrieben. Einst in Autokratien als reine „Schaufensterdekoration“ angesehene Institutionen wie Parlamente, Parteien, Wahlen, Gerichte und föderale Institutionen wurden erstmals systematisch erforscht. An der Erkenntnis, dass Institutionen auch in Autokratien einen Unterschied machen, führt kein Weg mehr vorbei. Deutliche Fortschritte sind in der jüngsten Zeit auch im Bereich der Erforschung der (In-)Stabilität autokratischer Regime zu beobachten.

52 Einen Anfang hat Gandhi (2008b) gemacht.

Allerdings sind diese derzeit noch etwas beschränkt durch die zu starke Konzentration auf institutionalistische Variablen. Die Einbeziehung politischer Renten und des Klientelismus verspricht neue Erkenntnisse, letztlich muss eine wirklich umfassende Analyse aber auch die grundlegenden Variablen aus dem sozio-ökonomischen, kulturalistischen, institutionalistischen und akteurszentrierten Zugang integrieren, um tragfähige Aussagen über die Ursachen der (In-)Stabilität autokratischer Systeme zu machen.

In der gegenwärtigen Autokratieforschung gibt es – wie generell in der vergleichenden Politikwissenschaft – einen durchaus nachvollziehbaren Gegenwarts-Bias. Das führte dazu, dass vor 1989 das Bild der Autokratie weithin von den kommunistischen Diktaturen einerseits, Militärdiktaturen andererseits geprägt war. In der Gegenwart wird das Bild der Autokratie dagegen von zwei ganz anderen Typen dominiert – in erster Linie von der elektoralen Autokratie und in zweiter Linie von den absolutistischen Monarchien im arabischen Raum. Durch die Konzentration auf den Ausschnitt eines Gesamtbildes der Autokratien besteht die Gefahr von Fehlwahrnehmungen. Es wäre daher nicht nur beim institutionellen Ansatz fruchtbar, erstens alle Autokratieformen einzubeziehen, auch wenn diese wie Militärdiktaturen,<sup>53</sup> personalistische Diktaturen und Ideokratien in der Gegenwart schwach besetzt sind und zweitens bereits untergegangene Autokratien in der Forschung zu berücksichtigen. Dass sich das lohnt, zeigt etwa die hervorragende Studie von Valerie Bunce (1999) zur Bedeutung von Institutionen beim Untergang der kommunistischen Regime. Insgesamt muss die Autokratieforschung wie überhaupt die vergleichende Politikwissenschaft von einem zu stark gegenwartsfixierten Blick abrücken, um ein vollständiges Bild der Welt der Autokratien zu erhalten (dazu auch Patzelt 2009).

Es ist ein Problem, dass sich die gegenwärtige Forschung sehr stark auf Autokratien mit nominell „demokratischen“ Institutionen konzentriert. Dies geht generell mit einer Vernachlässigung spezifisch autokratischer Zwangsinstitutionen einher. „Bring Repression Back In“, möchte man daher rufen. Zudem führt der gegenwärtige Forschungsschwerpunkt zu einer systematischen Vernachlässigung von Autokratien ohne nominell „demokratische“ Institutionen (siehe dazu auch die Warnungen von Snyder 2006).

Weiterer Diskussionsbedarf besteht im Hinblick auf die Haltbarkeit der bisher vorherrschenden Einteilung der Herrschaftsformen in Totalitarismus, Autoritarismus und Demokratie (dazu etwa Bank 2009), zumal sich noch kein

53 Eine der wenigen größeren Arbeiten zu Militärdiktaturen in den letzten Jahren ist Barros 2002.

überlegener Alternativvorschlag mit Aussicht auf eine verbreitete Durchsetzung in der Forschungsgemeinschaft herauskristalliert hat. Nur ein solcher „einheitlicher Forschungsrahmen“ (Koehler/Warkotsch 2009) kann aber, im Unterschied zu Ad-hoc-Kategorisierungen, für verschiedene Fragestellungen einen nachhaltigen Fortschritt auf dem Gebiet der Autoritarismusforschung gewährleisten. Nur dann können die Ergebnisse verschiedener Forscher sinnvoll aufeinander bezogen werden.

Die künftige Autokratieforschung sollte sich weder wie die klassische Totalitarismusforschung einseitig auf die Herrschaftslegitimation (vor allem durch Ideologien), den Grad der Durchdringung der Gesellschaft und die Repressionsinstrumente konzentrieren, noch wie die jüngere internationale Forschung auf nominell demokratische Herrschaftsinstitutionen, den Klientelismus und den Ressourcenreichtum. Vielmehr sind alle diese Aspekte in der künftigen Forschung gebührend zu berücksichtigen. Besonders hinsichtlich der Herrschaftslegitimation in den „neuen“ Autokratien bestehen noch Forschungslücken. Stärkere Aufmerksamkeit verdienen zudem auch kulturalistische und sozio-ökonomische Faktoren.

## Literatur

- Acemoglu, Daron/Egorov, Georgy/Sonin, Konstantin, 2005: Coalition Formation in Non-Democracies, <http://econ-www.mit.edu/files/2422> (Stand: 01.08.09).*
- Acemoglu, Daron/Robinson, James A., 2006: Economic Origins of Dictatorship and Democracy, Cambridge.*
- Albrecht, Holger, 2005: How Can Opposition Support Authoritarianism? Lessons from Egypt, in: Democratization 12, 378-397.*
- Albrecht, Holger/Frankenberger, Rolf, 2009: „Bringing Authoritarianism back in“. Kritische Anmerkungen zur Vergleichenden Analyse politischer Systeme, Manuskript für den Autorenworkshop „Autoritarismus Reloaded“, Bad Urach, 11.-14. Juni 2009.*
- Albrecht, Holger/Schlumberger, Oliver, 2004: „Waiting for Godot.“ Regime Change without Democratization in the Middle East, in: International Political Science Review 25 (4), 371-392.*
- Arendt, Hannah, 1986: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. (ursprgl. 1955).*

- Backes, Uwe*, 2007: Was heißt Totalitarismus? Zur Herrschaftscharakteristik eines extremen Autokratie-Typs, in: Katarzyna Stoklosa/Andrea Strübind (Hrsg.), *Glaube – Freiheit – Diktatur in Europa und den USA*. Festschrift für Gerhard Besier zum 60. Geburtstag, Göttingen, 609-625.
- Bank, André*, 2004: Rents, Cooptation, and Economized Discourse: Three Dimensions of Political Rule in Jordan, Morocco and Syria, in: *Journal of Mediterranean Studies* 14, 155-179.
- Bank, André*, 2009: Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung, in: *Hamburg Review of Social Sciences* 4, 10-41.
- Barros, Robert*, 2002: *Constitutionalism and Dictatorship: Pinochet, the Junta, and the 1980 Constitution*, Cambridge.
- Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo (Hrsg.)*, 1987: *The Rentier State*, London.
- Beck, Martin*, 2007: Der Rentierstaats-Ansatz. Zum politikwissenschaftlichen Charme eines ökonomisch fundierten Konzepts, in: Holger Albrecht (Hrsg.), *Weltregionen im Wandel. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Vorderen Orient*, Baden-Baden, 43-70.
- Beichelt, Timm*, 2001: Die slawischen GUS-Staaten zwischen Autokratie und Demokratie, [http://www.euv-frankfurt-o.de/de/forschung/institut/institut\\_fit/publikationen/2001/01-05-Beichelt.pdf](http://www.euv-frankfurt-o.de/de/forschung/institut/institut_fit/publikationen/2001/01-05-Beichelt.pdf) (Stand: 01.12.08).
- Bellin, Eva*, 2004: The Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Exceptionalism in Comparative Perspective, in: *World Politics* 36, 139-158.
- Bellin, Eva*, 2005: Coercive Institutions and Coercive Leaders, in: Marsha Pripstein Posusney/Michele Angrist Penner (Hrsg.), *Authoritarianism in the Middle East: Regimes and Resistance*, London, 21-41.
- Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert (Hrsg.)*, 2002: Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen.
- Berg-Schlosser, Dirk/Kersting, Norbert*, 1996: Warum weltweit Demokratisierung? Zur Leistungsbilanz demokratischer und autoritärer Regime, in: Rolf Hanisch (Hrsg.), *Demokratieexport in die Länder des Südens?*, Hamburg, 93-144.
- Berg-Schlosser, Dirk/Mitchell, Jeremy (Hrsg.)*, 2000: *Conditions of Democracy in Europe, 1919-1939 – Systematic Case Studies*, London.
- Berg-Schlosser, Dirk/Mitchell, Jeremy (Hrsg.)*, 2003: *Conditions of Democracy in Europe, 1919-1939. Comparative Analyses*, London.
- Bernholz, Peter*, 2001: Ideocracy and Totalitarianism: A Formal Analysis Incorporating Ideology, in: *Public Choice* 108, 33-75.

- Beyme, Klaus von*, 1977: Sozialismus oder Wohlfahrtsstaat? Sozialpolitik und Sozialstruktur der Sowjetunion im Systemvergleich, München.
- Bogaards, Matthijs*, 2009: How to Classify Hybrid Regimes? Defective Democracy and Electoral Authoritarianism, in: *Democratization* 16, 399-423.
- Boix, Carles/Svolik, Milan*, 2007: Non-tyrannical Autocracies, <http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/cpworkshop/papers/Boix.pdf> (Stand: 11.12.08).
- Boix, Carles/Svolik, Milan*, 2008: The Foundations of Limited Authoritarian Government: Institutions and Power-sharing in Dictatorships, <http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/cpworkshop/papers/Boix.pdf> (Stand: 11.12.08).
- Bracher, Karl Dietrich*, 1955: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart/Düsseldorf.
- Bracher, Karl Dietrich*, 1987: Die totalitäre Erfahrung, München.
- Bratton, Michael/van de Walle, Nicolas*, 1994: Neopatrimonial Regimes and Political Transitions in Africa, in: *World Politics* 46, 453-489.
- Bratton, Michael/van de Walle, Nicolas*, 1997: Democratic Experiments in Africa. Regime Transition in Comparative Perspective, Cambridge.
- Brooker, Paul*, 1995: Twentieth-Century Dictatorships: The Ideological One-Party States, Basingstoke.
- Brooker, Paul*, 2000: Non-Democratic Regimes. Theory, Government & Politics, New York.
- Brown, Archie/Gray, Jack (Hrsg.)*, 1979: Political Culture and Political Change in Communist States, New York (2. Aufl.).
- Brown, Nathan*, 1997: The Rule of Law in the Arab World: Courts in Egypt and the Gulf, Cambridge.
- Brownlee, Jason*, 2002: ...And Yet They Persist: Explaining Survival and Transition in Neopatrimonial Regimes, in: *Studies in Comparative International Development* 37, 35-63.
- Brownlee, Jason*, 2007a: Authoritarianism in an Age of Democratization, New York.
- Brownlee, Jason*, 2007b: Hereditary Succession in Modern Autocracies, in: *World Politics* 59, 595-628.
- Brzezinski, Zbigniew*, 1999: Dysfunktionaler Totalitarismus, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden (2. Aufl.), 263-276. (ursprgl. 1971)
- Buchta, Wilfried*, 2001: Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic, Washington.
- Bünte, Marco*, 2008: Myanmar: Autoritarismus im Wandel (GIGA Focus Asien Nr. 7), Hamburg.

- Bunce, Valerie*, 1999: Subversive Institutions: The Design and the Destruction of Socialism and the State, Cambridge.
- Caramani, Daniele (Hrsg.)*, 2008: Comparative Politics, Oxford.
- Carothers, Thomas*, 2002: The End of the Transition Paradigm, in: *Journal of Democracy* 13, 11-14.
- Carter, Gwendolen M. (Hrsg.)*, 1962: African One-Party States, New York.
- Case, William*, 1993: Semi-Democracy in Malaysia: Withstanding the Pressures for Regime Change, in: *Pacific Affairs* 66, 183-205.
- Cavatorta, Francesco*, 2009: „Divided they Stand, Divided they Fail“: Opposition Politics in Morocco, in: *Democratization* 16, 137-156.
- Chalmers, Douglas A.*, 1979: The Politicized State in Latin America, in: *James M. Malloy (Hrsg.)*, Authoritarianism and Corporatism in Latin America, Pittsburgh, 23-46.
- Chehabi, Houchang E.*, 2005: Das politische Regime der Islamischen Republik Iran. Eine vergleichende Studie, in: *Raimund Krämer (Hrsg.)*, Autoritäre Systeme im Vergleich, Potsdam, 123-140.
- Chehabi, Houchang E./Linz, Juan J. (Hrsg.)*, 1998: Sultanistic Regimes, Baltimore.
- Cheibub, Jose Antonio*, 1998: Political Regimes and the Extractive Capacity of Governments: Taxation in Democracies and Dictatorships, in: *World Politics* 50, 349-376.
- Collier, David*, 1979: Overview of the Bureaucratic-Authoritarian Model, in: *ders. (Hrsg.)*, The New Authoritarianism in Latin America, Princeton, 19-32.
- Collier, David/Levitsky, Steven*, 1997: Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research, in: *World Politics* 49, 430-451.
- Collier, David/Mahon, James E.*, 1993: Conceptual „Stretching“ Revisited: Adapting Categories in Comparative Research, in: *American Political Science Review* 87, 845-855.
- Cox, Gary*, 2007: Authoritarian Elections and Leadership Succession, 1975-2000, [http://igs.berkeley.edu/programs/seminars/ppt/papers/cox\\_20071119.pdf](http://igs.berkeley.edu/programs/seminars/ppt/papers/cox_20071119.pdf) (Stand: 05.08.09).
- Dahl, Robert A.*, 1971: Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven.
- Destexhe, Alain*, 2001: Corée du nord. Voyage en dynastie totalitaire, Paris.
- Diamond, Larry Jay*, 2000: Is Pakistan the (Reverse) Wave of the Future?, in: *Journal of Democracy* 11, 91-106.
- Diamond, Larry Jay*, 2002: Thinking About Hybrid Regimes, in: *Journal of Democracy* 13, 21-35.

- Diamond, Larry Jay*, 2008: The Democratic Rollback. The Resurgence of the Predatory State, in: Foreign Affairs, März/April, 36-48.
- Dix, Robert H.*, 1982: The Breakdown of Authoritarian Regimes, in: The Western Political Science Quarterly 35, 554-573.
- Drath, Martin*, 1958: Totalitarismus in der Volksdemokratie, in: Ernst Richert, Macht ohne Mandat, Köln, IX-XXXIV.
- Easton, David*, 1965: A Systems Analysis of Political Life, Chicago/London.
- Eisenstadt, Shmuel Noah*, 1973: Traditional Patrimonialism and Modern Neopatrimonialism, Beverly Hills.
- Erdmann, Gero*, 2002: Neopatrimoniale Herrschaft – oder: Warum es in Afrika so viele Hybridregime gibt, in: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert Rüb (Hrsg.), Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen, 323-342.
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf*, 2007: Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept, in: Journal of Commonwealth and Comparative Studies 45, 95-119.
- Erdmann, Gero/Soest, Christian von*, 2008: Diktatur in Afrika (GIGA Focus Afrika Nr. 8), Hamburg.
- Fähndrich, Hartmut (Hrsg.)*, 2005: Vererbte Macht. Monarchien und Dynastien in der arabischen Welt, Frankfurt a. M.
- Finer, Samuel Howard*, 1962: The Man on Horseback: The Role of the Military in Politics, London.
- Friedrich, Carl Joachim in Zusammenarbeit mit Zbigniew Brzezinski*, 1957: Totalitäre Diktatur, Stuttgart.
- Friedrich, Carl Joachim*, 1969: The Evolving Theory and Practice of Totalitarian Regimes, in: ders./Michael Curtis/Benjamin Barber, Totalitarianism in Perspective. Three Views, New York, 123-164.
- Friedrich, Wolfgang-Uwe*, 1994: Bürokratischer Totalitarismus. Zur Typologie des SED-Regimes, in: German Studies Review, Special Issue: Totalitäre Herrschaft – totalitäres Erbe, 1-21.
- Fritze, Lothar*, 1995: Unschärfen des Totalitarismusbegriffs – Methodologische Bemerkungen zu Carl Joachim Friedrichs Begriff der totalitären Diktatur, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43, 629-641.
- Fritze, Lothar*, 2004: Verführung und Anpassung. Zur Logik der Weltanschauungsdiktaturen, Berlin.
- Fürtig, Henner (Hrsg.)*, 2007: The Arab Authoritarian Regime Between Reform and Persistence, Newcastle.

- Gandhi, Jennifer*, 2003: Dictatorial Institutions and their Impact on Policies, <http://darp.lse.ac.uk/Frankweb/courses/Ec501/gandhi2003.pdf> (Stand: 09.12.08).
- Gandhi, Jennifer*, 2008a: Political Institutions under Dictatorship, Cambridge.
- Gandhi, Jennifer*, 2008b: Dictatorial Institutions and their Impact on Growth, in: European Journal of Sociology 49, 1-30.
- Gandhi, Jennifer/Lust-Okar, Ellen*, 2009: Elections Under Authoritarianism, in: Annual Review of Political Science 12, 403-422.
- Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam*, 2006: Cooperation, Cooptation, and Rebellion under Dictatorships, in: Economics and Politics 18, 1-26.
- Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam*, 2007: Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats, in: Comparative Political Studies 11, 1279-1301.
- Geddes, Barbara*, 1999a: Authoritarian Breakdown: Empirical Test of a Game Theoretic Argument, Manuskript für die Konferenz der American Political Science Association in Atlanta), <http://www.uvm.edu/~cbeer/geddes/tp.pdf> (Stand: 02.05.09).
- Geddes, Barbara*, 1999b: What Do We Know about Democratization after Twenty Years?, in: Annual Review of Political Science 2, 115-144.
- Geddes, Barbara*, 2004: Authoritarian Breakdown, [http://www.international.ucla.edu/media/files/authn\\_breakdown.pdf](http://www.international.ucla.edu/media/files/authn_breakdown.pdf) (Stand: 20.08.09).
- Geddes, Barbara*, 2006: The Role of Elections in Authoritarian Regimes?, Manuskript für die Konferenz der American Political Science Association in Washington DC., <http://www.allacademic.com> (Stand: 05.07.09).
- Geddes, Barbara/John Zaller*, 1989: Sources of Support for Authoritarian Regimes, in: American Journal of Political Science 33, 319-347.
- Gerschewski, Johannes*, 2008: Weltweites Ende oder Renaissance des Totalitarismus? (GIGA Focus Global Nr. 4), Hamburg.
- Ginsburg, Tom/Moustafa, Tamir (Hrsg.)*, 2008: Rule by Law: The Politics of Courts in Authoritarian Regimes, Cambridge.
- Goodin, Robert Edward/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.)*, 1998: A New Handbook of Political Science, Oxford.
- Greene, Kenneth F.*, 2007: Why Dominant Parties Lose: Mexico's Democratization in Comparative Perspective, Cambridge.
- Greiffenhagen, Martin/Kühnl, Reinhard/Müller, Johann Baptist*, 1972: Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs, München.
- Hadenius, Axel/Teorell, Jan*, 2006: Authoritarian Regimes: Stability, Change and Pathways to Democracy, 1972-2003 (Kellogg Institute Working Papers), <http://kellogg.nd.edu/publications/workingpapers/WPS/331.pdf> (Stand: 15.10.08).

- Hadenius, Axel/Teorell, Jan*, 2007: Pathways from Authoritarianism, in: *Journal of Democracy* 18, 143-156.
- Hague, Rod/Harrop, Martin*, 2004: Comparative Government and Politics. An Introduction, New York (6. Aufl.).
- Hansen, Hendrik/Kainz, Peter*, 2007: Radical Islamism and Totalitarian Ideology: A Comparison of Sayyid Qutb's Islamism with Marxism and National Socialism, in: *Totalitarian Movements and Political Religion* 8, 55-76.
- Helliwell, John F.*, 1994: Empirical Linkages between Democracy and Economic Growth, in: *British Journal of Political Science* 24, 225-248.
- Helmke, Gretchen*, 2002: The Logic of Strategic Defection: Court-Executive Relations in Argentina under Dictatorship and Democracy, in: *American Political Science Review* 96, 291-303.
- Helmke, Gretchen*, 2005: Courts under Constraints: Judges, Generals, and Presidents in Argentina, Cambridge.
- Herb, Michael*, 1999: All in the Family. Absolutism, Revolution and Democracy in the Middle Eastern Monarchies, New York.
- Hermet, Guy/Rose, Richard/Rouquié, Alain*, 1978: Elections Without Choice, London.
- Heydemann, Günther/Jesse, Eckhard (Hrsg.)*, 1998: Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis, Berlin.
- Heydemann, Günther/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.)*, 2003: Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn.
- Hildebrand, Klaus (Hrsg.)*, 2003: Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus, München.
- Hippler, Jochen*, 1997: Afghanistan: Von der „Volksdemokratie“ zur Herrschaft der Taliban, in: Joachim Betz/Stefan Brüne (Hrsg.), *Jahrbuch Dritte Welt* 1998, München, 165-184.
- Holbig, Heike*, 2008: Ideological Reform and Political Legitimacy: Challenges in the Post-Jiang Era, in: Thomas Heberer/Gunther Schubert (Hrsg.), *Legitimacy in Contemporary China: Institutional Change and Stability*, London, 13-34.
- Holbig, Heike*, 2009: Interne und externe Strategien der Legitimation autoritärer Herrschaft. Ein Beitrag zur theoretischen Diskussion, Manuskript für den Workshop „Autoritäre Konsolidierung“ in Duisburg.
- Huntington, Samuel P.*, 1991: The Third Wave: Democratization in the late Twentieth Century, Norman.

- Huntington, Samuel P./Moore, Clement H. (Hrsg.), 1970: Authoritarian Politics in Modern Society: The Dynamics of Established One-Party Systems, New York.*
- Huttner, Markus, 1999: Totalitarismus und säkulare Religionen. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien, Bonn.*
- Ishiyama, John/Conway, Ryan/Haggans, Katherine, 2008: Is there a Monadic Authoritarian Peace: Authoritarian regimes, Democratic Transition Types and the First Use of Violent Force, in: African Journal of Political Science and International Relations 2, 31-37.*
- Jackson, Robert H./Rosberg, Carl G., 1982: Personal Rule in Black Africa: Prince, Autocrat, Prophet, Tyrant, Berkeley.*
- Jesse, Eckhard (Hrsg.), 1999: Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden (2. Aufl.).*
- Jesse, Eckhard, 2008: Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen, Baden-Baden.*
- Jesse, Eckhard/Kailitz, Steffen (Hrsg.), 1997: Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München.*
- Kailitz, Steffen, 1997a: Der Streit um den Totalitarismusbegriff, in: Eckhard Jesse/ders. (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München, 219-250.*
- Kailitz, Steffen, 1997b: Der zweite Frühling der Totalitarismusforschung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden, 215-232.*
- Karl, Terry Lynn, 1995: The Hybrid Regimes of Central America, in: Journal of Democracy 6, 72-86.*
- Knill, Christoph/Tosun, Jale, 2008: Policy-Making, in: Daniele Caramani (Hrsg.), Comparative Politics, Oxford, 496-519.*
- Knobloch, Jörn, 2002: Defekte Demokratie oder keine?, Münster/Hamburg/London.*
- Köhler, Kevin/Warkotsch, Jana, 2009: Konzeptualisierungsstrategien, Regime-typologien und das Problem des Kontinuums, Manuskript für den Autoren-workshop „Autoritarismus Reloaded“, Bad Urach, 11.-14. Juni 2009.*
- Köllner, Patrick, 2008a: Autoritäre Regime – Ein Überblick über die jüngere Literatur. in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 2, 351-366.*
- Köllner, Patrick, 2008b: Autoritäre Regime in Asien: Allgemeine Trends und jüngere Entwicklungen (GIGA Focus Asien Nr. 12), Hamburg.*

- Köllner, Patrick*, 2008c: Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung (GIGA Focus Nr. 6), Hamburg.
- Korchak, Alexander*, 1994: Contemporary Totalitarianism: A Systems Approach, Boulder.
- Krämer, Raimund (Hrsg.)*, 2005: Autoritäre Systeme im Vergleich, Potsdam.
- Krauss, Hartmut*, 2007: Islamismus als religiöser Totalitarismus. Zur Entzündung der muslimischen Herrschaftskultur, in: Aufklärung und Kritik, 199-231.
- Lai, Brian/Slater, Daniel*, 2006: Institutions of the Offensive: Domestic Sources of Dispute Initiation in Authoritarian Regimes, 1950-1992, in: American Journal of Political Science 50, 113-126.
- Landry, Pierre F.*, 2009: Decentralized Authoritarianism in China: The Communist Party's Control of Local Elites in the Post-Mao Era, Cambridge u. a.
- Lankov, Andrei*, 2006: The Natural Death of North Korean Stalinism, in: Asia Policy 1, 109-114.
- Lauth, Hans-Joachim*, 2002: Regimetypen: Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie, in: ders. (Hrsg.), Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, Wiesbaden, 105-130.
- Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.)*, 2006: Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, Wiesbaden (2. Aufl.).
- Levitsky, Steven/Way, Lucan*, 2002: The Rise of Competitive Authoritarianism, in: Journal of Democracy 13, 36–50.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan*, 2006: The Dynamics of Autocratic Coercion after the Cold War, in: Communist and Post-Communist Studies 39, 387-410.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan*, 2009: Competitive Authoritarianism: International Linkage, Organizational Power, and the Fate of Hybrid Regimes, New York, i. E.
- Lewis, Paul H.*, 2006: Authoritarian Regimes in Latin America: Dictators, Despots, and Tyrants, Lanham.
- Lietzmann, Hans J.*, 1999: Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen“. Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs, Opladen.
- Lilla, Mark*, 2002: The New Age of Tyranny, in: New York Review of Books, 24.10.
- Lindberg, Staffan I.*, 2006: The Surprising Significance of African Elections, in: Journal of Democracy 17, 139-151.
- Linz, Juan J.*, 1964: An Authoritarian Regime: Spain, in: Erik Allardt/Yrjö Littunen (Hrsg.), Cleavages, Ideologies, and Party Systems, Turku, 291-341.
- Linz, Juan J.*, 1975: Totalitarian and Authoritarian Regimes, in: Fred I. Greenstein/Nelson Polsby (Hrsg.), Handbook of Political Science, Bd. 3, Reading, 175-412.

- Linz, Juan J.*, 1999: Typen politischer Regime und die Achtung der Menschenrechte: Historische und länderübergreifende Perspektiven, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden (2. Aufl.), 519-571.
- Linz, Juan J.*, 2003: Totalitäre und autoritäre Regime, Berlin (2. Aufl.).
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred*, 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation, Baltimore.
- Lipset, Seymour M.*, 1994: The Social Requisites of Democracy Revisited, in: American Sociological Review 59, 1-22.
- Loewenstein, Karl*, 1959: Verfassungslehre, Tübingen.
- Lucas, Russell E.*, 2004: Monarchical Authoritarianism: Survival and Liberalization in a Middle Eastern Regime Type, in: International Journal of Middle East Studies 35, 103-119.
- Lust-Okar, Ellen*, 2005: Structuring Conflict in the Arab World: Incumbents, Opponents, and Institutions, Cambridge.
- Lust-Okar, Ellen*, 2006: Elections under Authoritarianism: Preliminary Lessons from Jordan, in: Democratization 13, 456-471.
- Maćkow, Jerzy*, 2000: Autoritarismen oder „Demokratien mit Adjektiven“? Systeme der gescheiterten Demokratisierung, in: ZPol 10, 1471-1499.
- Maćkow, Jerzy/Wiest, Margarete*, 2005: Dimensionen autoritärer Systeme in Osteuropa, in: Totalitarismus und Demokratie 5 (1), 179-200.
- Magaloni, Beatriz*, 2003: Authoritarianism, Democracy and the Supreme Court: Horizontal Exchange and the Rule of Law in Mexico, in Scott Mainwaring/Christopher Welna (Hrsg.), Democratic Accountability in Latin America, Oxford, 266-305.
- Magaloni, Beatriz*, 2006: Voting for Autocracy: Hegemonic Party Survival and Its Demise in Mexico, Cambridge.
- Magaloni, Beatriz*, 2007: Elections Under Autocracy and the Strategic Game of Fraud, <http://www.stanford.edu/~magaloni/electionsunderautocracy.pdf> (Stand: 15.06.09).
- Magaloni, Beatriz*, 2008: Credible Power-Sharing and the Longevity of Authoritarian Rule, in: Comparative Political Studies 41, 715-741.
- Mähler, Annegret*, 2008: Wie autoritär ist Lateinamerika? (GIGA Focus Lateinamerika Nr. 8), Hamburg.
- Mahoney, James*, 2003: Knowledge Accumulation in Comparative Historical Research: The Case of Democracy and Authoritarianism, in: ders./Dietrich Rueschemeyer (Hrsg.), Comparative Historical Analysis in the Social Sciences, Cambridge, 131-174.

- Maier, Hans (Hrsg.),* 1996: Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs Bd. 1, München u. a.
- Maier, Hans (Hrsg.),* 2003: Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. 2: Deutungsgeschichte und Theorie, München u. a.
- Maier, Hans/Schäfer, Michael (Hrsg.),* 1997: Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs Bd. 3, München u. a.
- Malia, Martin,* 1995: Totalitarismus und Sowjetologie, in: *Transit*, Heft 9, 115-128.
- Mampel, Siegfried,* 2001: Totalitäres Herrschaftssystem. Normativer Charakter, Definition, konstante und variable Essenzialien, Instrumentarium, Berlin.
- Marquardt, Bernhard,* 1991: Der Totalitarismus – ein gescheitertes Herrschaftssystem: eine Analyse der Sowjetunion und anderer Staaten Ost-Mitteleuropas, Bochum.
- Mattes, Hanspeter,* 2008: „We’re in the Arab World, man. Forget democracy.“ Die schwierige Transformation autoritärer Regime in Nahost (GIGA Focus Nahost Nr. 8), Hamburg.
- Mayer, Robert,* 2001: Strategies of Justification in Authoritarian Ideology, in: *Journal of Political Ideologies* 6, 147-168.
- McFaul, Michael,* 2002: The Fourth Wave of Democracy and Dictatorship. Noncooperative Transitions in the Postcommunist World, in: *World Politics* 54, 212-244.
- McGuire, Martin C./Mancur, Olson,* 1996: The Economics of Autocracy and Majority Rule: The Invisible Hand and the Use of Force, in: *Journal of Economic Literature* 34, 72-96.
- Means, Gordon P.,* 1996: Soft Authoritarianism in Malaysia and Singapore, in: *Journal of Democracy* 7, 103-117.
- Medard, Jean-Francois,* 1982: The Underdeveloped State in Tropical Africa: Political Clientelism or Neo-Patrimonialism, in: Christopher Clapham (Hrsg.), *Private Patronage and Public Power. Political Clientelism in the Modern State*, London, 162-192.
- Merkel, Wolfgang,* 1999: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen.
- Merkel, Wolfgang,* 2004: Totalitäre Regime, in: *Totalitarismus und Demokratie* 4 (1), 183-202.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel (Hrsg.),* 2003: Defekte Demokratie. Bd. 1: Theorie, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel (Hrsg.),* 2004: Defekte Demokratie. Bd. 2: Defekte Demokratien in Osteuropa, Ostasien und Lateinamerika, Wiesbaden.

- Meyns, Peter*, 2006: Afrika zwischen Autokratie und Demokratie, in: APuZ, B 32-33, 3-8.
- Møller, Jørgen/Skaaning, Svend-Erik*, 2009: Mapping Contemporary Forms of Autocracy, in: Totalitarismus und Demokratie 9 (2), i. E.
- Moore, Barrington Jr.*, 1966: Social Origins of Dictatorship and Democracy, Cambridge.
- Morrison, Kevin N.*, 2009: Oil, Non-Tax Revenue, and the Redistributional Foundation of Regime Stability, in: International Organization 63, 107-138.
- Moustafa, Tamir*, 2009: A Judicialization of Authoritarian Politics?, Manuskript für die Konferenz der American Political Science Association, Washington, D. C., <http://www.allacademic.com> (Stand: 01.08.09).
- Mulligan, Casey B./Gil, Ricard/Sala-i-Martin, Xavier*, 2004: Do Democracies Have Different Public Policies than Nondemocracies?, in: Journal of Economic Perspectives 18, 51-74.
- Munck, Gerardo L.*, 1996: Disaggregating Political Regime: Conceptual Issues in the Study of Democratization, Notre Dame (Working Paper 228, The Helen Kellogg Institute for International Studies).
- Munck, Gerardo L.*, 2006: Drawing Boundaries: How to Craft Intermediate Regime Categories, in: Andreas Schedler (Hrsg.), Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition, Boulder, 27-40.
- Newton, Kenneth/Deth, Jan W. van*, 2005: Foundations of Comparative Politics, Cambridge.
- Nordlinger, Eric*, 1977: Soldiers in Politics: Military Coups and Governments, Prentice-Hall.
- O'Donnell, Guillermo*, 1973: Modernization and Bureaucratic Authoritarianism: Studies in South American Politics, Berkeley.
- O'Donnell, Guillermo*, 1988: Bureaucratic Authoritarianism: Argentina 1966-1973, in Comparative Perspective, Berkeley.
- O'Donnell, Guillermo*, 1994: Delegative Democracy, in: Journal of Democracy 5, 55-69.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence*, 1986: Transitions from Authoritarian Rule, Baltimore (4. Bde.).
- Ottaway, Marina S.*, 2003: Democracy Challenged: the Rise of Semi-Authoritarianism, Washington, D. C.
- Patzelt, Werner*, 1998: Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus. Eine ethnomethodologische Weiterführung der Totalitarismuskonzeption von Martin Drath, in: Achim Siegel (Hrsg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar, 235-271.

- Patzelt, Werner, 2009: Was soll und wie betreibt man ‚vergleichende Diktaturforschung‘? Ein forschungsprogrammatischer Essay, in: Totalitarismus und Demokratie 9 (2), i. E.*
- Peceny, Mark/Beer, Caroline C./Sanchez-Terry, Shannon, 2002: Dictatorial Peace?, in: American Political Science Review 96, 15-26.*
- Pepinsky, Thomas, 2007: Durable Authoritarianism as a Self-Enforcing Coalition, Manuskript für die Konferenz der American Political Science Association in Chicago, <http://www.allacademic.com> (Stand: 05.08.09).*
- Pereira, Anthony W., 2008: Of Judges and Generals: Security Courts under Authoritarian Regimes in Argentina, Brazil, and Chile, in: Tom Ginsburg/ Tamir Moustafa (Hrsg.), Rule by Law: The Politics of Courts in Authoritarian Regimes, Cambridge, 23-57.*
- Perlmutter, Amos, 1981: Modern Authoritarianism: A Comparative Institutional Analysis, New Haven.*
- Peukert, Detlev, 1982: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln.*
- Pfahl-Traughber, Armin, 2004: Staatsformen im 20. Jahrhundert I: Diktatorische Systeme, in: Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Modelle politischer Ordnung. Eine Geschichte der Staatsformen von Altertum bis zur Gegenwart, Köln/Weimar, 223-280.*
- Pickel, Gert, 2009: Unausweichlichkeit der Demokratisierung oder „democratic bias“? – (Kulturelle) Faktoren der Stabilität und Instabilität politischer Regime, in: Totalitarismus und Demokratie 9 (6), i. E.*
- Piekalkiewicz, Jaroslaw/Penn, Alfred Wayne, 1995: Politics of Ideocracy, New York.*
- Prilepsin, Marsha Posusney/Penner, Michele Angrist (Hrsg.), 2005: Authoritarianism in the Middle East: Regimes and Resistance, Boulder/London.*
- Przeworski, Adam, 1991: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge.*
- Przeworski, Adam u. a., 2000: Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990, Cambridge.*
- Puddington, Arch, 2009: The 2008 Freedom House Survey. A Third Year of Decline, in: Journal of Democracy 20, 93-107.*
- Pye, Lucian W., 1985: Asian Power and Politics: The Cultural Dimensions of Authority, Cambridge.*
- Reich, Gary, 2002: Categorizing Political Regimes. New Data for Old Problems, in: Democratization 9 (4), 1-24.*

- Richter, Thomas*, 2007: The Political Economy of Regime Maintenance in Egypt: Linking External Resources and Domestic Legitimation, in: Oliver Schlumberger (Hrsg.), *Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Non-Democratic Regimes*, Stanford, 177-193.
- Roberts, David D.*, 2006: The Totalitarian Experiment in Twentieth-century Europe. *Understanding the Poverty of Great Politics*, London.
- Ross, Cameron*, 2005: Federalism and Electoral Authoritarianism under Putin, in: *Demokratizatsiya* 13, 347-372.
- Rüb, Friedbert*, 2002: Hybride Regime. Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Petra Bendel/Aurel Croissant/ders. (Hrsg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen, 99-118.
- Rummel, Rudolph J.*, 2003: Demozid – Der befohlene Tod, Münster u. a.
- Sartori, Giovanni*, 1970: Concept Misformation in Comparative Politics, in: *American Political Science Review* 64, 1033-1053.
- Sartori, Giovanni*, 1991: Comparing and Miscomparing, in: *Journal of Theoretical Politics* 3, 243-257.
- Sartori, Giovanni*, 1999: Totalitarismus, Modellmanie und Lernen aus Irrtümern, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden (2. Aufl.), 572-589. (ursprgl. 1993)
- Schaffer, Frederic Charles (Hrsg.)*, 2007: *Elections for Sale: The Causes and Consequences of Vote Buying*, Boulder.
- Schapiro, Leonard*, 1972: *Totalitarianism*, New York.
- Schapiro, Leonard*, 1977: *The Origin of the Communist Autocracy: Political Opposition in the Soviet State, First Phase, 1917-1922*, Cambridge (2. Aufl.).
- Schedler, Andreas*, 2002: The Menu of Manipulation, in: *Journal of Democracy* 13, 36-50.
- Schedler, Andreas (Hrsg.)*, 2006: *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder.
- Schedler, Andreas*, 2007: How Effective Is Electoral Manipulation? Exploring Sources of Regime Strength under Competitive and Hegemonic Authoritarianism, Manuscript für die Konferenz der American Political Science Association in Atlanta, <http://www.allacademic.com> (Stand: 05.12.08).
- Schedler, Andreas*, 2009: Designing Authoritarian Institutions, in: *Totalitarismus und Demokratie* 9 (6), i. E.

- Schlumberger, Oliver (Hrsg.), 2007: Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes, Stanford.*
- Schlumberger, Oliver, 2008: Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden.*
- Schmidt, Manfred G., 1999: Sozialpolitik im demokratischen und autoritären Staat, in: Wolfgang Merkel/Andreas Busch (Hrsg.), Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme, Frankfurt a. M., 575-591.*
- Schmidt, Manfred G., 2003: Vergleichende Analyse politischer Systeme, in: Herfried Münkler (Hrsg.), Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek, 172-207.*
- Schmidt, Manfred G., 2006: Demokratische und autokratische Regimeeffekte in Deutschlands Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Sozialreform 52, 149-164.*
- Schmidt, Manfred G., 2008: Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden.*
- Schulze, Peter W., 2007: Souveräne Demokratie: Kampfbegriff oder Hilfskonstruktion für einen eigenständigen Entwicklungsweg? – die ideologische Offensive des Vladislav Surkov, in: Matthes Buhbe/Gabriele Gorzka (Hrsg.), Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden, 93-311.*
- Scobell, Andrew, 2006: Kim Jong Il and North Korea: The Leader and the System, Carlisle.*
- Sera, Jose, 1979: Three Mistaken Theses Regarding the Connection Between Industrialization and Authoritarian Regimes, in: David Collier (Hrsg.), The New Authoritarianism in Latin America, Princeton, 99-194.*
- Siegel, Achim (Hrsg.), 1998a: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln u. a.*
- Siegel, Achim, 1998b: Carl Joachim Friedrichs Konzeption der totalitären Diktatur – eine Neuinterpretation, in: ders. (Hrsg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar, 273-308.*
- Skidmore, Thomas E., 1988: The Politics of Military Rule in Brazil, 1964-85, New York/Oxford.*
- Smith, Benjamin, 2004: Oil Wealth and Regime Survival in the Developing World, 1960-1999, in: American Journal of Political Science 48, 232-246.*
- Smith, Benjamin B., 2005: Life of the Party: The Origins of Regime Breakdown and Persistence under Single-Party Rule, in: World Politics 57, 421-451.*
- Snyder, Richard, 2006: Beyond Electoral Authoritarianism: The Spectrum of Non-Democratic-Regimes, in: Andreas Schedler (Hrsg.), Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition, Boulder, 219-231.*

- Söllner, Alfons/Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin (Hrsg.), 1997: Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin.*
- Solomon, Peter H., 2007: Courts and Judges in Authoritarian Regimes, in: World Politics 60, 122-145.*
- Stykow, Petra, 2009: Vergleichende Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft? Der Ertrag der Diskussion über die „Bunten Revolutionen“, in: PVS (i. E.).*
- Sujian, Guo, 1998: The Totalitarian Model Revisited, in: Communist and Post-Communist Studies 31, 271-285.*
- Sujian, Guo, 2000: Post-Mao China. From Totalitarianism to Authoritarianism?, Westport.*
- Svolik, Milan, 2008: Authoritarian Reversals and Democratic Consolidation, in: American Political Science Review 102, 153-168.*
- Svolik, Milan, 2009: Power-Sharing and Leadership Dynamics in Authoritarian Regimes, in: American Journal of Political Science 53, 477-494.*
- Tibi, Bassam, 2004: Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit, Darmstadt.*
- Tibi, Bassam, 2007: The Totalitarianism of Jihadist Islamism and its Challenge to Europe and to Islam, in: Totalitarian Movements and Political Religions 8 (1), 35-54.*
- Timm, Peter, 2009: Transition from neopatrimonial Rule. Zur Funktionslogik posttransformatorischer Regime und ihrer Dynamiken, Manuskript für den Autorenworkshop „Autoritarismus Reloaded“, Bad Urach, 11.-14. Juni 2009.*
- Toharia, Jose, 1975: Judicial Independence in an Authoritarian Regime: The Case of Contemporary Spain, in: Law and Society Review 9, 475-496.*
- Tullock, Gordon, 1987: Autocracy, Dordrecht.*
- Ulfelder, Jay, 2005: Contentious Collective Action and the Breakdown of Authoritarian Regimes, in: International Political Science Review 26, 311-334.*
- Ulfelder, Jay, 2007: Natural-Resource Wealth and the Survival of Autocracy, in: Comparative Political Studies 40, 995-1018.*
- Wahdat-Hagh, Wahied, 2003a: „Die islamische Republik Iran“. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus, Münster/Hamburg/London.*
- Wahdat-Hagh, Wahied, 2003b: „Die islamische Republik Iran“. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus, in: PROKLA 29, 317-342.*
- Way, Lucan A., 2005: Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave. The Cases of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine, in: World Politics 57, 231-261.*

- Welzel, Christian/Inglehart, Ronald/Klingemann, Hans-Dieter*, 2003: The Theory of Human Development: A Cross-Cultural Analysis, in: European Journal of Political Research 42, 341-379.
- Wiest, Margarete*, 2006: Beschränkter Pluralismus. Autoritäre Systeme im postkommunistischen Raum, in: Osteuropa 56 (7), 65-77.
- Wigell, Mikael*, 2008: Mapping ‚Hybrid Regimes‘: Regime Types and Concepts in Comparative Politics, in: Democratization 15, 230-250.
- Wintrobe, Ronald*, 1998: The Political Economy of Dictatorship, Cambridge.
- Wintrobe, Ronald*, 2007: Dictatorship: Analytic Approaches, in: Charles Boix/ Susan Stokes (Hrsg.), The Oxford Handbook of Comparative Politics, Oxford, 363-394.
- Zakaria, Fareed*, 1997: The Rise of Illiberal Democracy, in: Foreign Affairs 76, November, 22-43.
- Ziegler, Heinz O.*, 1932: Autoritärer oder totaler Staat, Tübingen.
- Zinecker, Heidrun*, 2004: Regime-Hybridität in Entwicklungsländern. Leistungen und Grenzen der neueren Transitionsforschung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11 (2), 239-272.

Korrespondenzanschrift:

PD Dr. Steffen Kailitz  
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung  
Helmholtzstrasse 6  
01069 Dresden  
E-Mail: kailitz@hait.tu-dresden.de